

Tariffragen

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**März
2007**

Inhalt:

Die GEW Bayern wird neu gefordert!

Ein DDS-Gespräch mit Ilona Deckwerth und Günther Mitteregger, verantwortlich für Tarifpolitik im Landesvorstand der GEW S. 3

Gender Pay Gap

Die Kluft zwischen der Bezahlung von Frauen und Männern von Gabi Gabler S. 6

GEW Bayern schließt ersten Tarifvertrag mit Träger von Kindertagesstätten

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 8

Nochmals: Vom BAT zum TVöD/TV-L

von Hans Schuster S. 9

Was ist los im Verein für Sozialarbeit?

von Barbara Dötzer S. 11

Nehmt die Studiengebühren zurück!

GEW Bayern unterstützt den Kampf gegen Studiengebühren von Helmut Oskar Brückner und Hans-Georg Schmid S. 12

Kontaktadressen der GEW Bayern

Beiheftbogen zum Heraustrennen

BAföG muss bleiben!

BOS-SchülerInnen kämpfen um Finanzierung Rede von Hardo Kroll auf der Demo am 12. Februar S. 14

Zivilcourage als Unterrichtsfach fürs Leben

SchülerInnen kämpfen um Stolpersteine des Gedenkens von Wunibald Heigl S. 16

Der Zeitgewinn

Eine ganz persönliche Buchbesprechung von Hannes Henjes S. 17

Dies und Das S. 19

Leserbriefe S. 21

Veranstaltungen S. 22

Glückwünsche und Dank S. 23

Kontakte S. 24

Stellentausch

Lehrer (StR) an hessischer Gesamtschule, 60 km östlich von Frankfurt, sucht Tauschpartner aus Bayern. Fächer: Englisch und Französisch. Tel./Fax: 0 60 56/91 10 96

Telefonische Sprechzeiten der GEW Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder: montags und donnerstags von 13.00 bis 16.00 Uhr
Telefon: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Große Resonanz erzielten wir mit unserer letzten Ausgabe. Die profitable Privatisierung öffentlicher Aufgaben, auch im Bildungsbereich, beunruhigt scheinbar viele. Wir freuen uns natürlich über solche Rückmeldungen. An dieser Stelle sei deshalb wieder einmal die Intention der DDS-Redaktion dargelegt. Wir versuchen – neben vorrangig pädagogisch relevanten Fragen – gerade auch solche Themen aufzugreifen, die zeigen, wie markant der gesellschaftliche Umbau ist, mit dem wir derzeit konfrontiert werden. Uns ist es dabei wichtig, die scheinbare Normalität bzw. die Sachzwanglogik politischer Entscheidungen infrage zu stellen, gerade in Fällen, in denen sich die Fragwürdigkeit nicht auf den ersten Blick erschließt. Ein Beispiel dafür war der Artikel zu »Public Private Partnership« von Dr. Werner Rügemeier im letzten Heft. Hier noch ein aktueller Nachtrag: Der Autor kämpft derzeit um die unzensurierte Veröffentlichung seines Buches »Der Bankier«. Wir wünschen ihm, dass er – wie bereits in vielen früheren Fällen geschehen – diesen Kampf vor Gericht gewinnt. Peter Weiß, unser Experte fürs Grundgesetz, übermittelte uns den folgenden Nachtrag zu unserer letzten Ausgabe (Hervorhebungen durch ihn). Wir wollen ihn unseren LeserInnen nicht vorenthalten:

Grundgesetz Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. (...)

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen **und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird**. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist. (...)

Und dem letzten Satz dieses Zitats gelingt es nun auch, den Bogen zum Thema unserer vorliegenden Ausgabe zu spannen. Karin Just

Einladung zur Informationsveranstaltung

Angestellte Lehrkräfte in Bayern – TVöD und TV-L und wie weiter?

Die Tarifsituation für angestellte Lehrkräfte und ihre Handlungsmöglichkeiten

Samstag, 10. März 2006, 10.30 Uhr in München

Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64, Raum 585, Haus 3, 5. Stock

Programm:

- 10.30 Uhr **Angestellte Lehrkräfte in der GEW Bayern**, Einführung und Rückblick
Günther Mitteregger, Stellvertretender Landesvorsitzender
Ilona Deckwerth, für Tarifpolitik zuständiges Mitglied im Landesvorstand
- 11.00 Uhr **Die aktuelle Tarifsituation für angestellte Lehrkräfte**
Referent: Hans Schuster
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 13.30 Uhr Arbeitsgruppen (Vorschläge)
• staatlich angestellte Lehrkräfte mit Hans Schuster, GEW-Rechtsstelle
• privat angestellte Lehrkräfte mit Jockel Graf, GEW München
- 15.00 Uhr Plenum: **Was kann die GEW bieten und tun?**
Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse
- 16.00 Uhr Ende

Anmeldung möglichst bis 7.3.07 in der Landesgeschäftsstelle

Tel: 0 89-54 40 81-0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • info@bayern.gew.de

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.bayern.gew.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5389487
e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Johannes Gaab, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Kay Herschelmann

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates



Die GEW Bayern wird neu gefordert!

Die DDS fragte nach bei der Förderschullehrerin Ilona Deckwerth und dem Sozialpädagogen Günther Mitteregger, die im Landesvorstand der GEW Bayern für den Bereich Tarifpolitik verantwortlich sind.

DDS: Ihr verantwortet im Landesvorstand der bayerischen GEW *beide* den Bereich Tarifpolitik. Was ist die Grundlage für diese verstärkte Repräsentanz?

Ilona Deckwerth: Die Tariflandschaft im Bildungsbereich verändert sich dramatisch. Hat es früher vor allem *einen* großen Arbeitgeber namens öffentlicher Dienst gegeben, der bundesweit einheitlich aufgetreten ist und an dem sich kleinere Arbeitgeber orientiert haben, stehen die Gewerkschaften heute einer zunehmenden Anzahl von Tarifpartnern gegenüber, mit denen sie verhandeln müssen: die noch existierende Restgemeinschaft Bund und Kommune, die Ländertarifgemeinschaft, die sich als Folge der Föderalismusreform immer mehr auseinanderentwickelt und sogar auseinanderzubrechen droht und die zunehmende Zahl privater Anbieter. Wir sind als GEW-Bildungsgewerkschaft nun wesentlich intensiver gefordert, den gewerkschaftlichen Aspekt unserer Organisation, also den Einsatz für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Entgeltentwicklung, in den Fokus zu nehmen und zu handeln. Deshalb haben wir beide gemeinsam im Landesvorstand den Schwerpunkt Tarifpolitik übernommen, wobei Tarifpolitik aber auch eine Aufgabe für alle ist.

Günther Mitteregger: Natürlich spiegelt sich auch die Entwicklung der GEW Bayern darin wider. Zu den Lehrkräften dazugekommen sind die sozial- und sonderpädagogischen

Fachkräfte, die Beschäftigten in der Erwachsenen- und Weiterbildung und wissenschaftliche MitarbeiterInnen in Hochschule und Forschung. Da kommen dann natürlich auch die unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitgeber zur Auswirkung.

DDS: Was hat sich konkret durch die »Föderalismusreform« geändert?

Ilona Deckwerth: Die Länder können nun in eigener Vollmacht ihr Dienstrecht noch eigenwilliger ausgestalten und verfahren in gleicher Weise separatistisch mit den Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten. So arbeiten bereits heute BeamtInnen in Bayern länger als anderswo, dafür erhalten sie eine kleine Entschädigung in Form einer etwas höheren Jahressonderzahlung, die aber das Mehr an Arbeit nicht angemessen bezahlt. Für angestellte Lehrkräfte gilt die gleiche Unterrichtsstundenverpflichtung wie für BeamtInnen. Sie arbeiten damit mehr als in einem anderen Bundesland. Dieses Auseinanderdriften der Arbeitsbedingungen und Entgeltzahlungen zwischen den Ländern wird zunehmen.

DDS: Ab Ende 2007 stehen Tarifausschüßlungen ins Haus. Worum wird es darin konkret gehen?

Ilona Deckwerth: Es geht zunächst v. a. im Bereich des öffentlichen Dienstes um die Regelung des neu eingeführ-

ten Leistungsentgelts. 2007 wird dafür vom Arbeitgeber ein Volumen von 1 % der Gehälter bereitgestellt. Das ist aber keineswegs ein Geschenk, sondern es wurde zuvor von unserer Lohnerhöhung einbehalten. Die Verteilung des Leistungsentgelts muss in einem Landestarifvertrag geregelt werden. Solange es keine Regelung gibt, erhalten alle Beschäftigten eine gleichmäßige Ausschüttung im Dezember.

Aber Lehrkräfte sind bis dato überhaupt nicht eigens tariflich eingruppiert. Wie viele Unterrichtsstunden eine Vollzeitstelle ausmachen, entscheidet bisher allein der Arbeitgeber nach eigenem Gutdünken. Am Ende der letzten Tarifausinandersetzung stand immerhin die Zusage der öffentlichen Arbeitgeber im Raum, darüber mit den Gewerkschaften endlich zu reden. Darüberhinaus können frühestens Ende 2007 die wöchentliche Arbeitszeit, Regelungen zum Erholungsurlaub oder zur Jahressonderzahlung gekündigt werden. Da dies alles auf landesbezoglicher Ebene auszuhandeln ist, sind wir auch als bayerische GEW gefordert.

Günther Mitteregger: Für den Sozial- und Erziehungsbereich stehen ganz aktuell die Verhandlungen zu den Entgeltordnungen, den früheren Vergütungsordnungen, an. Da sich der TVöD vom Aufstiegssystem des BAT verabschiedet hat, ist es für die Höhe des Einkommens viel wichtiger geworden, in welcher Entgeltgruppe sich die von einem selbst ausgeübte Tätigkeit wiederfindet. Eine höhere Eingruppierung, also Entgeltgruppe, ist nur noch bei einer neuen, höherwertigen Tätigkeit möglich.

Die Bundesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe hat ihre Vorstellungen schon mal zusammengetragen. Jetzt wird es darauf ankommen, einen gemeinsamen Verhandlungskatalog mit den anderen öD-Gewerkschaften ver.di, GdP und IG BAU aufzustellen und diesen dann auch in den Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern in Kommunen und Bund durchzusetzen. Es ist auch davon auszugehen, dass die Vereinbarungen zu den Entgeltordnungen von den anderen großen Arbeitgebern im Sozial- und Erziehungsdienst im Wesentlichen übernommen werden.

DDS: Ein Teil unserer Mitglieder arbeitet ja bei den Wohlfahrtsverbänden. Wie sieht es denn da mit der tariflichen Entwicklung aus?

Günther Mitteregger: Na ja, die zwei größten Wohlfahrtsverbände, die Caritas und das Diakonische Werk, haben aufgrund der Sonderstellung der Kirchen mit ihrem »Dritten Weg« theoretisch schon mal die Möglichkeit, völlig eigene Wege zu gehen, etwa bei der Arbeitszeit oder auch Bezah-

lung. In der Praxis orientieren sich beide in ihren Arbeitsvertragsrichtlinien in etwa am öffentlichen Dienst, da zu große Abweichungen die Gefahr bergen, dass die MitarbeiterInnen nach dorthin abwandern, wo besser bezahlt wird. Insofern hat jede Tarifverhandlung für den öffentlichen Dienst auch Auswirkungen auf die kirchlich Beschäftigten.

Beim BRK hat ver.di, auch für unsere Mitglieder, einen Tarifvertrag über Sonderzahlungen abgeschlossen.

Die AWO hat zu Ende 2006 die Tarifverträge gekündigt. Für die zu diesem Zeitpunkt bereits Beschäftigten besteht aufgrund der Nachwirkung ein gewisser Bestandschutz. Für neu eingestellte MitarbeiterInnen fehlt zurzeit eine tarifliche Regelung. Die Tarifführung bei der AWO soll wohl auf einen Arbeitgeberverband übergehen, der aber vorerst noch keine Flächentarifverträge abschließt. Insofern könnte eine Entwicklung wie bei der Lebenshilfe drohen.

DDS: Was ist bei der Lebenshilfe passiert?

Günther Mitteregger: Ein Teil der Untergliederungen dort ist nicht mehr tarifgebunden. Neueinstellungen erfolgen dort zu deutlich schlechteren Konditionen, bereits Beschäftigte haben aufgrund der tariflichen Nachwirkung

keine Nachteile, solange ihr derzeitiger Arbeitsvertrag besteht. Natürlich häuft sich dadurch hinreichend Konfliktstoff in den Einrichtungen an, der Betriebsfrieden wird massiv gestört. Als Folge könnte die Arbeit schlechter werden und das Ansehen in der Öffentlichkeit sinken. So

besteht zunehmend ein Interesse am Abschluss von Haus- bzw. Firmentarifverträgen. Mit der Lebenshilfe Erlangen haben wir bereits entsprechende Verträge abgeschlossen, weitere Verhandlungen mit anderen Lebenshilfe-Einrichtungen über Firmentarifverträge stehen an.

Es gibt auch immer wieder Verhandlungen mit lokalen bzw. regionalen Trägern sozialpädagogischer Einrichtungen. Das letzte erfolgreiche Beispiel ist der Tarifvertrag mit dem Humanistischen Verband Deutschland, LV Bayern (s. *dazu den Artikel auf S. 8*).

Unser Ziel bei all diesen Verhandlungen ist es natürlich, Tarifabschlüsse zu erzielen, die in etwa dem TVöD entsprechen. Es kann nicht sein, dass Arbeitgeber mit gewerkschaftlichem Segen den Flächentarifvertrag aushebeln können. Das Erreichen dieses Zieles hängt aber ganz massiv von unserer Stärke und Durchsetzungsfähigkeit ab.

Gleiche Arbeitsbedingungen bei gleicher Bezahlung für alle sind nun mal auch weiter wichtig. Wie wichtig, lässt sich in unseren Organisationsbereichen am deutlichsten in der Weiterbildung sehen. In diesem Bereich findet sich so ziemlich jede Art von prekärem Arbeitsverhältnis. Gleichzeitig



Ilona Deckwerth



Günther Mitteregger

wächst die Zahl von Angeboten verschiedenster Bildungsträger, deren höchstes Qualitätsmerkmal zu sein scheint, dass sie billiger sind als die Konkurrenzanbieter.

Die GEW strebt auf Bundesebene den Abschluss eines Branchentarifvertrages Weiterbildung an. Auch mit Berlitz wird auf Bundesebene über einen neuen Tarifvertrag verhandelt. In Bayern führen wir im Moment Verhandlungen über einen Entgelttarifvertrag mit dem bfz. Auch beim AFZ Schweinfurt wird evtl. neu verhandelt.

Durch die Zersplitterung der Anbieter »sozialer Dienstleistungen« in viele kleine, eigenständige Organisationen, die sich auf dem »Markt« einen heftigen Konkurrenzkampf liefern und dabei zunehmend von betriebswirtschaftlich eingeeengten Sicht- und Denkweisen geleitet werden, haben sich auch die Arbeitsbedingungen für diese Beschäftigtengruppen verschlechtert. Von daher ist es nur logisch, dass sich immer mehr Beschäftigte an die GEW wenden. Allerdings zeigen alle unsere Erfahrungen ganz klar, dass wir nur dort wirklich erfolgreich mit den KollegInnen etwas erreichen können, wo wir einen hohen Organisationsgrad haben und die Beschäftigten bereit sind, sich für ihre Forderungen einzusetzen.

DDS: Was bedeutet das für die Arbeit der GEW Bayern?

Ilona Deckwerth: Wir sind nicht mehr in der Situation, dass eine große Schwestergewerkschaft wie einst die ÖTV für unsere Interessen kämpft, während wir als GEW in der Zuschauerrolle verharren können. Wir sind selbst gefordert, zusammen mit ver.di, GdP und IG BAU Tarifverhandlungen zu führen und Tarifpolitik aktiv zu gestalten. Dies gelingt aber nur, wenn sich unsere Mitglieder aktiv an Tarifaussinandersetzungen beteiligen, wenn sie es im Bedarfsfall auch wagen, die Arbeit niederzulegen und zu streiken als äußerstes Mittel gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht. Diese Frage betrifft nicht allein die Angestellten. Gerade BeamtInnen müssen lernen, dass sie sich nicht mehr benutzen lassen, dass sie nicht mehr mitmachen, wenn Angestellte und BeamtInnen gegeneinander ausgespielt werden.

Die GEW Bayern hat sich auf den Feldern der Sozialpädagogik und Weiterbildung sowie in vielen kleinen Bildungseinrichtungen als entschlossene und durchsetzungsfähige Gewerkschaft etabliert, die ihre Mitglieder schützen kann und bessere Arbeitsbedingungen erreicht. Dort erfahren wir einen großen Zustrom an neuen Mitgliedern. Je mehr sich die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte im öffentlichen Dienst verschlechtern und die Zahl der Angestellten steigt, finden auch hier immer mehr KollegInnen zur GEW. Aber



den größten und vielleicht entscheidenden Kampf müssen wir im öffentlichen Bildungsbereich führen, dort, wo BeamtInnen noch in der Mehrheit sind und sich in ihrer insulären Sicherheitslage noch zu wenig aufgefordert fühlen, aktiv für ihre Arbeitsbedingungen einzutreten. Es wird unsere Schicksalsfrage, ob es uns gelingt, diese KollegInnen zu organisieren und als aktive MitstreiterInnen zu gewinnen. Nur dann werden wir als GEW in Bayern an der Seite von ver.di und GdP eine ebenbürtige Tarifpartnerschaft zum Wohle der Beschäftigten gestalten.

DDS: Reichen dafür unsere bisherigen Organisationsstrukturen aus?

Günther Mitteregger: Das Thema Tarif und Tarifkampf wird innerhalb der GEW Bayern noch an Bedeutung zulegen. Dem müssen wir mit verschiedenen Ansätzen Rechnung tragen. So werden wir z. B. eine Landestarifkommission oder etwas Ähnliches einrichten müssen, um die wenigen GEW-Mitglieder, die bis jetzt Tarifverhandlungen führen, zu entlasten, aber auch um sicherzustellen, dass alle betroffenen Bereiche vertreten werden. Wir werden Schulungsangebote für Mitglieder in Verhandlungskommissionen ebenso anbieten müssen wie zur Vorbereitung und Durchführung von Arbeitskämpfen. Und wir brauchen weitere Aktive. Ein paar Organisationssekretäre und zwei Verantwortliche im Landesvorstand reichen nicht aus für die in diesem Bereich auf uns zukommenden Aufgaben. Die Zusammenarbeit der einzelnen Landesfachgruppen muss ausgebaut werden. Bei Verhandlungen etwa mit der Lebenshilfe sind Mitglieder der Fachgruppen Sozialpädagogische und Sonderpädagogische Berufe betroffen. Auch eine verbesserte Netzwerkstruktur innerhalb unserer Gewerkschaft könnte sich als notwendig erweisen, gerade bei flächendeckenden Auseinandersetzungen mit einzelnen großen Arbeitgebern.

Wir fangen ja nicht bei null an, wir haben bereits Erfahrungen gesammelt, bei Tarifverhandlungen ebenso wie mit Warnstreiks. Wir müssen diese Erfahrungen aufgreifen und verstetigen. Und eigentlich haben wir ja eh keine andere Wahl, als uns für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung stark zu machen. Schlecht behandelte Beschäftigte mit miesem Lohn machen nun mal einfach keine gute Arbeit. In unserem Fall wirkt sich das dann auf die Schülerinnen und Schüler, unsere Klientinnen und Klienten, Rat- und Hilfesuchende und deren Angehörige aus.

Und *das* kann es dann ja wohl wirklich nicht sein.

DDS: Wir danken für das Gespräch.

Die Fragen für die DDS stellte Karin Just



Foto: Kay Herschelmann

Gender Pay Gap – die Kluft zwischen der Bezahlung von Frauen und Männern

Was ist pädagogische Arbeit wert? Dieser Frage will die GEW nachgehen und wünscht sich dafür eine rege Mitgliederdiskussion. Anne Jenter, Leiterin des Vorstandsbereichs Frauenpolitik beim Hauptvorstand der GEW, hat dazu einen Workshop »Diskriminierungsfreie Entgeltordnung« organisiert. Unsere Kollegin Gabi Gabler hat diesen sowie eine Tagung »Entgeltdiskriminierung – (k)ein unlösbares Problem« für die GEW Bayern besucht. Im Folgenden ihr zweigeteilter Bericht:

Anne Jenters These ist, dass es nicht genügt, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu fordern, sondern dass gleichwertige Arbeit gleich entgolten werden muss. Wie aber ist Arbeit zu bemessen und Gleichwertigkeit und Unterschiedlichkeit zu erfassen?

Die Arbeitswissenschaftlerin Dr. Andrea Jochmann-Döll stellte zwei Arbeitsbewertungsmethoden vor und beschrieb die in ihnen verborgenen Diskriminierungspotentiale.

»Bei der **summarischen Arbeitsbewertung** wird die Einordnung verschiedener Tätigkeiten anhand von (Lohn-, Gehalts- und Entgelt-)Gruppenbeschreibungen durchgeführt. Dabei geht in erster Linie das zur Arbeitsausführung erforderliche Können ein – erworben durch Ausbildung und Erfahrung.« (Eckhard Eyer)

Der BAT und die BeamtInnenbesoldung beruhen grundsätzlich auf den Ergebnissen summarischer Arbeitsbewertung: Ausbildung

und Stellenbeschreibung waren festgelegt und bedingten eine bestimmte Lohn- und Gehaltsgruppe. Eine andere Eingruppierung war nur durch formale Weiterqualifizierung oder nach Bewährungszeiten möglich.

Bei der **analytischen Arbeitsbewertung** werden einzelne Aufgabenbereiche nach ihren Anforderungen wie körperlicher oder geistiger Leistung getrennt untersucht, gewichtet und mit Punkten bewertet. Die einzelnen Teilarbeitswerte werden zu einem Gesamtarbeitswert addiert. Dieser bildet die Basis für die Entgeltzuordnung.

In der summarischen Arbeitsbewertung lauern große Diskriminierungsfallen für Frauen: Anforderungen werden zwar gestellt, aber nicht bewertet oder erst in höheren Eingruppierungsstufen relevant. Formulierungen sind vage. Kriterien werden einseitig ausgelegt. Bewertungskriterien werden nicht offengelegt.

Frau Dr. Jochmann-Döll hält analytische Methoden eindeutig für die gerechtere Arbeitsbewertung, vor allem für den Dienstleistungsbereich. In Kanada, Schweden und Australien z. B. sind sie sogar gesetzlich vorgeschrieben.

Sie beschrieb auch Mischformen von Analytik und Summarik, wie sie für den öffentlichen Dienst mittlerweile diskutiert werden:

- Ein Anforderungsmerkmal dient als Grundlage der Eingruppierung, andere ergänzen die Bewertung wie Bausteine.
- Die Anforderungsstufen sollen summarisch beschrieben werden, die Anforderungsdimensionen jedoch analytisch betrachtet.

Der Workshop bot eine gute Grundlage für die folgende Fachtagung in Berlin, denn es ist gelungen, für die Bewertungsunterschiede von Frauen- und Männerarbeit zu sensibilisieren.

Seit 2001 gibt es an der Berliner Fachhochschule für Wirtschaft ein Institut, das den Namen einer britischen Ökonomin aus dem vorletzten Jahrhundert trägt: Harriet Taylor Mill. Das Institut wird von einer Frau geleitet und es lehren ausschließlich Professorinnen dort.

Studentinnen des Instituts hatten mit Unterstützung ihrer Professorinnen eine Tagung mit dem Titel »Entgeltdiskriminierung – (k)ein unlösbares Problem« organisiert und moderiert. Es war Projektunterricht vom Feinsten.

Drei Professorinnen aus Hamburg und München sowie Dr. Christian Katz waren ihrer Einladung gefolgt.

Von Désirée Ladwig von der Universität der Bundeswehr Hamburg hörte ich zum ersten Mal von Gender Pay Gap, der Kluft zwischen der Bezahlung von Mann und Frau. Diese Kluft ist in Deutschland besonders tief. Auf einer Liste europäischer Länder, in der die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau aufgeführt waren, nahm Deutschland Platz 34 von 34 möglichen Plätzen ein.

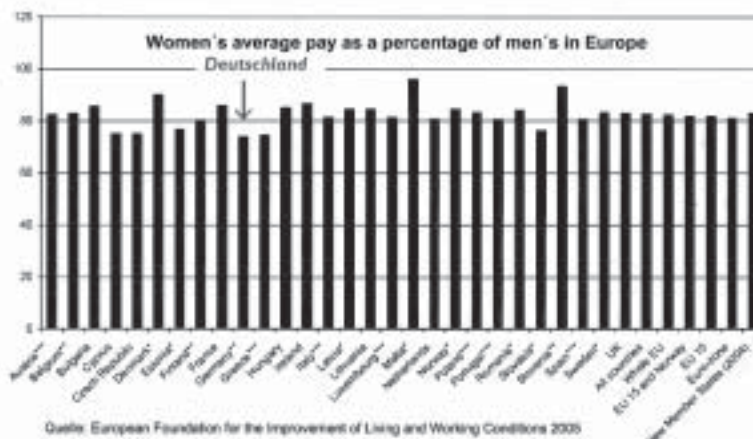
Frauen erhalten demnach bis zu 33 % geringere

Bezahlung als Männer, dabei ist der Unterschied umso eklatanter je niedriger die Lohngruppe ist. Bei gleichen Berufen in gleichen Betrieben beträgt der Unterschied noch 15 %, ist auch das Alter gleich, 12 %. In Führungspositionen sinkt der Unterschied auf 5 bis 7 %. Dies wird aber sicher dadurch ausgeglichen, dass sich prozentual weniger Frauen in eben diesen Führungspositionen befinden.

Wieso ist das heute noch immer so?

Die Referentin verwies bei dieser Frage auf mehrere »Fallen«, in die Frauen nach wie vor geraten können. Die häufigste ist wohl die moralische: Frauen sind für Gehaltsverhandlungen zu freundlich

(wohl auch für Widersprüche gegen die dienstliche Beurteilung!). Sie identifizieren sich stärker mit dem Unternehmen und wechseln den Arbeitsplatz seltener für ein höheres Gehalt. Ihre Lebensplanung sieht Karriere und Gehalt nur in späterer Rangfolge.



98 % der Väter gehen *nicht* in Elternzeit. Untersuchungen zeigen, dass sie vielmehr mit der Geburt eines Kindes mehr und länger arbeiten als vorher. Wenn Frauen Karriere machen wollen, müssen sie auch mit dieser Tatsache umgehen. Sicher mit ein Grund, warum mittlerweile 40 % der Akademikerinnen kinderlos sind.

Frauen versuchen zusehends die Entgeltkluft zu überwinden: Der girl's day wurde geschaffen, um Berufswünsche abseits der klassischen Frauenberufe zu wecken und den Weg dorthin zu ebnen.

Im Internet findet sich der genderdax, der auch auf Initiative von Professorin Ladwig und mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2005, also zu Zeiten von Renate Schmid, eingerichtet wurde (www.genderdax.de). Er ist eine Informationsplattform über Beschäftigungsmöglichkeiten und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – eine stumpfe Waffe

Die Juristin Dr. Eva Kocher aus Hamburg berichtete über das »Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)«, das die bisherigen Antidiskriminierungsgesetze abgelöst hat.

§ 1 AGG verbietet Benachteiligung aufgrund von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexueller Identität.

Für Frauen können sich unmittelbare Benachteiligungen zum Beispiel durch Abschlüsse für Frauenarbeit ergeben, mittelbare dann, wenn eine Gruppe betroffen ist oder durch (sexuelle) Belästigung. Das AGG fordert ein Verbot von Diskriminierung und eine Entschädigung, wenn diese Diskriminierung erfolgt sein sollte.

So hilfreich das Gesetz auf dem Papier sein mag, es muss von allen Betroffenen individuell eingeklagt werden. Verbandsklagen sind nicht möglich. Eine Ausnahme ist die Klage zum Schutz des Tarifvertrags, wenn ein Arbeitgeber tarifwidrige Regelungen getroffen hat. Darin liegt das Problem: Welche Beschäftigte kann ohne Repressalien zu befürchten gegen Diskriminierung an ihrem Arbeitsplatz klagen, zumal Kriterien in Arbeitsverträgen gerichtlich schwer zu überprüfen sind.

Betroffene von Benachteiligungen können sich beschweren, die Leistung verweigern, Unterlassung fordern. Sie können Schadensersatz und Entschädigung fordern. Antidiskriminierungsverbände haben Möglichkeiten Unterstützung zu gewähren. In der freien Wirtschaft, wo noch nicht einmal ein Gleichstellungsgesetz gültig ist, ist das AGG bisher nur eine stumpfe Waffe. Frau Dr. Kocher wünscht sich viele Einzelklagen, damit Präzedenzfälle geschaffen werden.

Welche Organisationsform ist gerechter?

Elke Wolf von der FH München hatte sich mit der Frage beschäftigt, welchen Einfluss neue Maßnahmen der Personal- und Organisationspolitik auf die unterschiedliche Entlohnung von Frauen und Männern *innerhalb* von Betrieben

haben. Ihre Untersuchungen zeigten u. a., dass formalisierte Mitgestaltungsmöglichkeiten für Frauen ein Vorteil sein können. Je geringer die Hierarchie in den Organisationsstrukturen, desto größer der Frauenanteil an anspruchsvollen Arbeitsplätzen. Sie verwies darauf, dass Wirtschaftsunternehmen zunehmend die mittlere Managementebene abbauen. Unser Arbeitgeber, das Kultusministerium, dagegen will sie in Schulen gerade aufbauen und fühlt sich dabei sehr fortschrittlich!

Zu wenig Optimismus gaben Elke Wolfs Ausführungen zur »erfolgsabhängigen Entlohnung« Anlass. Wenn die Entlohnung an objektiv messbare Kriterien wie zum Beispiel den Umsatz geknüpft ist, sinkt das Diskriminierungspotential. Ist sie jedoch an die Beurteilung durch Vorgesetzte geknüpft, wird es problematisch. Zumindest müssen die Beurteilungskriterien durch den Chef oder die Chefin durchschaubar gemacht werden, um den Spielraum für Diskriminierung zu senken. Wie will man/frau das in unserer Branche machen?

Insgesamt scheinen partizipative Organisationsstrukturen das betriebsspezifische »gender wage gap« wohl zu begrenzen. Die Auswirkung von Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit für diskriminierungsfreie Bezahlung ist jedoch schwer messbar und empirisch nicht eindeutig nachzuweisen.

»Abakaba«: Ein Beispiel analytischer Funktionsbewertung

Mit »Abakaba« haben die Arbeits- und Organisationspsychologen Katz und Baitsch 1994/95 im Auftrag des eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann ein System zur Bewertung von Arbeitstätigkeiten entwickelt. Zunächst zum Namen selbst: Analytische Bewertung von Arbeitstätigkeiten nach Katz und Baitsch. Da es in der Schweiz kein festgeklöpftes Tarifsysteem gibt, müssen Entgeltvereinbarungen jeweils zwischen den einzelnen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen getroffen werden.

Abakaba bewertet Tätigkeiten nach drei übergeordneten Merkmalsbereichen:

- Intellektuelle
 - Psycho-Soziale
 - Physische
- } Anforderungen und Belastungen

Dazu die Verantwortung für die Arbeitsergebnisse anderer Personen und für Unternehmensstrategien.

Die einzelnen Arbeitsbereiche bekommen Punkte zugeordnet, die Gesamtzahl wird in jeweilige Gehaltsklassen umgerechnet. Dieses System ist eine weitgehend analytische Funktionsbewertung, die zur Verringerung von Entgeltdiskriminierung beitragen könnte.

Wenn wir nicht weiterhin Schlusslicht bei »Gender Pay Gap«-Vergleichen sein wollen, sollten unsere Forderungen bei Entgelt- und Tarifaueinandersetzungen solche Modelle stärker berücksichtigen.

von Gabi Gabler

für die GEW im Hauptpersonalrat



GEW Bayern schließt ersten Tarifvertrag mit Träger von Kindertagesstätten

Nach mehrmonatigen, anstrengenden Verhandlungen mit dem Humanistischen Verband Deutschland (HvD), Landesverband Bayern, ist es der GEW Bayern gelungen, sich mit diesem Träger mehrerer Kindertageseinrichtungen auf einen Tarifvertrag zu einigen. Neben einem bereits seit fünf Jahren in Berlin geltenden Tarifvertrag ist dies nun der zweite Tarifvertrag, der mit dem Arbeitgeber HvD abgeschlossen wurde. Dieser Träger besitzt in Bayern den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft und ist damit den Kirchen gleichgestellt.

Es ist gelungen, mit diesem Haustarifvertrag das Niveau des kommunalen TVöD im Wesentlichen zu erreichen bzw. einzuhalten. Ebenso wurde erreicht, dass sich der Tarifvertrag der GEW Bayern von dem der GEW Berlin nicht zu stark unterscheidet. Trotz einiger kleinerer Abweichungen konnte in der Substanz das gleiche Ergebnis erzielt werden.

Der Tarifvertrag enthält im Kern folgendes Ergebnis:

- Bei der Arbeitszeit wurde die Festschreibung auf die 38,5-Stunden-Woche erreicht.
- Bei der Vergütung wurden die Regelungen und die Entgelttabelle des TVöD übernommen.
- Ebenso entspricht die Sonderzahlung ab 2009 der Regelung im TVöD.
- Die Urlaubsregelung wurde aus dem Berliner Haustarifvertrag übernommen und weicht in Teilen zugunsten der Mitarbeiter vom TVöD ab (der Urlaub steigt nach Beschäftigungsjahren von 26 auf 30 Tage).

Daneben enthält der Tarifvertrag verbindliche Regelungen zu den vermögenswirksamen Leistungen, zur Jubilä-

umszulage sowie eine Sterbegeldregelung. Die Vereinbarungen über Zeitzuschläge sowie Fortbildungszeiten wurden im Wesentlichen aus dem Berliner Tarifvertrag übernommen. Abweichend davon konnte eine Freistellung der MitarbeiterInnen am 24.12. und 31.12. nicht erreicht werden.

Der erfolgreiche Tarifabschluss ist umso höher zu bewerten, da er in eine Zeit fällt, in der, gerade auch vor dem Hintergrund des neuen Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG), viele vor allem nicht tarifgebundene Träger versuchen, ihre Personalkosten durch Personalabbau, längere Arbeitszeiten, Gehaltssenkungen und schlechtere Rahmenbedingungen zu drücken.

Maßgeblich für den erreichten Verhandlungserfolg waren der hohe Organisationsgrad der Kolleginnen und Kollegen, die Hartnäckigkeit der Verhandlungskommission und die Geschlossenheit der Belegschaft. So konnte erreicht werden, dass das bisherige System von einzelvertraglichen Absprachen, das bei Neueinstellungen zu immer gravierenderen Unterschieden zwischen den Beschäftigten beigetragen hat, durch eine einheitlich geltende Regelung (für GEW-Mitglieder unmittelbar, für die anderen per Arbeitsvertrag) ersetzt wurde.

Allen, die daran gearbeitet haben, insbesondere aber den Mitgliedern dieser Tarifkommission, für ihren zeitlichen Aufwand und ihr Durchhaltevermögen noch einmal ein herzliches Dankeschön.

von Günther Schedel-Gschwendtner

Leiter des Sozialpädagogischen Büros der
GEW Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de



Das Aktionsbündnis lebt!

Allen Unkenrufen zum Trotz: Das Bündnis »Kinder brauchen Qualität« lebt und geht nun ins 7. Jahr!

Wir konnten leider das Gesetz (KiBiG) und die neue Finanzierung nicht verhindern, aber gerade die bayerischen Verhältnisse im Bereich Bildung, Erziehung und Betreuung zwingen uns, weiterzumachen. Es herrscht hierzulande z. T. extreme Verunsicherung von Eltern, Fachkräften und Trägern über die neuen bürokratischen Vorgaben und das erhöhte Betriebsrisiko, andererseits ist die von uns z. B. in der »Alternative« formulierte Qualität nirgends in Sicht! Vielmehr sind die Einrichtungen zunehmend mit sich selber beschäftigt. Unser Nahziel ist ein Fachtag im Herbst 2007, wo der gegenwärtige Stand der »Kinderbetreuung« in Bayern aufgearbeitet werden soll, aber u.a. auch Themen behandelt werden sollen wie:

- Reform des BayKiBiG
- Bausteine zur Einmischung in die Kommunalwahl 2008
- Umgang mit Billigangeboten und untertariflich Beschäftigten
- Tarifliche Ziele, insbes. neue Eingruppierung (»Entgeltordnung«)
- Wirtschaftliche Jugendhilfe, Mittagessen etc.
- Umgang mit unter 3-jährigen in Kitas
- Kostenfreier Kindergarten
- Kindgemäße Sprachförderung
- Familienzentren

Unsere Zielvorstellung ist und bleibt dabei:

Bedarfsdeckender Ausbau mit der erforderlichen Qualität – Pädagogik vor Betriebswirtschaft

PS: Wir sind nicht identisch mit dem von den Oppositionsparteien im Landtag koordinierten Bündnis für ein besseres Kita-Gesetz, aber in diesem vertreten.

Wir sind garantiert filzfrei, überparteilich und basisorientiert. Die Mitarbeit der Gewerkschaften GEW und ver.di im Bündnis bedeutet keine Dominanz, sondern verstärkt unsere Bindung an die pädagogische Basis.

Übrigens: Unser nächstes Treffen findet am Samstag, den 31.3. von 11.00 - 16.00 in Nürnberg statt.

Den Ort kann man im Sozialpädagogischen Büro der GEW Bayern erfragen: 09 11/28 92 04 oder GEW_SozPaed@t-online.de



Foto: Robert Michel

Nochmals: Vom BAT zum TVöD/TV-L

In der DDS Januar/Februar 2007 habe ich berichtet, dass viele private Arbeitgeber, insbesondere im Schulbereich, die Tarifumstellung nutzen, um durch Vorlage neuer Arbeitsverträge das Niveau der Arbeitsbedingungen zu senken. Im Schulbereich wird dadurch der Unterschied zwischen Beschäftigten an Privatschulen und an öffentlichen Schulen noch größer.

Privatschulen versuchen zu kürzen

In den mir vorliegenden Verträgen werden die im öffentlichen Dienst vorgesehenen Regelungen zum Leistungsentgelt (§ 18 TVöD/TV-L) ausgeschlossen. Unabhängig davon, ob man ein Leistungsentgelt befürwortet oder nicht, führt dies ohne entsprechende Kompensation im Vergleich zum öffentlichen Dienst zu einer Entgeltminderung. Das Leistungsentgelt im öffentlichen Dienst wird finanziert aus dem Anteil aus auslaufenden Besitzständen in pauschalierter Form (Ortszuschlag, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld). Dadurch verringert sich das Gehaltsvolumen um den darauf entfallenden Anteil. Weiter soll zur Finanzierung des Leistungsentgelts, das letzten Endes bis zu 8 % des Gehalts betragen soll, bei künftigen Gehaltstarifrunden ein Teil des Entgelts zur Finanzierung des Leistungsentgelts verwendet werden. Ohne Leistungsentgelt fällt also der Entgeltzuwachs niedriger aus.

Aber auch schon bisher waren Lehrkräfte an Privatschulen gegenüber öffentlichen Schulen schlechter gestellt.

Der BAT wie auch die Nachfolgerarifverträge sehen Leistungen des Arbeitgebers für eine zusätzliche, betriebliche Altersversorgung vor. Diese wird bei den Beschäftigten der Gemeinden von der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden (ZVK) und bei den Beschäftigten des Freistaats von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) durchgeführt. Die Privatschulträger bieten

jedoch nur vereinzelt Leistungen für eine betriebliche Altersversorgung. Dabei darf nicht übersehen werden, dass in der Vergütung für den notwendigen Personalaufwand, die der private Schulträger vom Staat erhält, u. a. dafür ein Versorgungszuschlag von 25 v. H. der Bezüge für die einzelne Lehrkraft vorgesehen ist (Artikel 31 Abs. 1 i. V. m. Artikel 7 Abs. 2 Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz – BaySchFG).

Der Krankengeldzuschuss (§ 22 TVöD/TV-L), der bei Krankengeldbezug in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen den tatsächlichen Barleistungen des Sozialleistungsträgers und dem Nettoentgelt bis längstens zum Ende der 39. Woche seit Beginn der Arbeitsunfähigkeit in Folge derselben Krankheit vom öffentlichen Arbeitgeber zu zahlen ist, ist im Rahmen der Schulfinanzierung im o. g. 25-prozentigen Versorgungszuschlag ebenfalls enthalten.

Die Zuwendung und das Urlaubsgeld im Rahmen der den BAT ergänzenden Tarifverträge, jetzt Jahressonderzahlung (§ 20 TVöD/TV-L), wird als jährliche Sonderzahlung als eigener Posten in die eben genannte Vergütung im Rahmen der staatlichen Schulfinanzierung miteinbezogen.

Dasselbe gilt für tarifvertragliche vermögenswirksame Leistungen, das Jubiläums- und Sterbegeld (§ 23 TVöD/TV-L) der öffentlichen Arbeitgeber.

Kein unmittelbarer Anspruch der Beschäftigten

Zu beachten ist jedoch, dass sich aus den eben genannten Leistungen des Staates für den Personalaufwand der Privatschule kein unmittelbarer Anspruch der Beschäftigten gegen den Arbeitgeber ableiten lässt. Hierbei handelt es sich um ein Rechtsverhältnis zwischen dem Privatschulträger und dem Staat aus dem Schulfinanzierungsgesetz, das strikt von dem Arbeitsverhältnis zwischen dem Privatschulträger und dem Beschäftigten zu trennen ist.

Gleichwohl sollte nicht übersehen werden, die Schulfinanzierung als Argument im Rahmen der Verhandlungen über die neuen Arbeitsverträge einzubringen.

Kündigungsmöglichkeiten beachten

Eine Vereinbarung, wonach das Arbeitsverhältnis nur einmal im Jahr, und zwar zum Ende des Schuljahres, ordentlich gekündigt werden kann, schränkt die Flexibilität erheblich ein. Nach den Tarifverträgen kann viermal im Jahr und zwar jeweils zum Ende eines Kalendervierteljahres gekündigt werden (§ 34 TVöD/TV-L). Daneben enthalten auch die neuen Tarifverträge des öffentlichen Dienstes einen Ausschluss der ordentlichen Kündigung für Beschäftigte, die das 40. Lebensjahr vollendet haben und länger als 15 Jahre beschäftigt sind.

Qualifizierung privatisiert?

Neu ist das Verlangen mancher Privatschulträger, dass insbesondere neu eingestellte MitarbeiterInnen eine vom Arbeitgeber erwartete Ausbildung auf eigene Kosten erwerben sollen. Nach den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes werden vom Arbeitgeber veranlasste Qualifizierungsmaßnahmen einschließlich Reisekosten grundsätzlich auch von diesem getragen (§ 5 TVöD/TV-L).

Mit dem Argument, dass der BAT oder auch andere arbeitsvertragliche Einheitsregelungen, z. B. die Arbeitsvertragsrichtlinien des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (AVR-DPWV), nicht mehr fortentwickelt werden und daher Beschäftigte, die den neuen Arbeitsvertrag nicht unterschreiben, von jeglicher (Gehalts-) Entwicklung abgeschnitten werden, werden die Kolleginnen und Kollegen stark unter Druck gesetzt, die verschlechterten Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Kollektives Handeln nötig

Eine Gegenwehr ist nur durch kollektives Handeln möglich. Der klassische Weg dafür führt über die Gewerkschaften und das Tarifvertragssystem. Dieses ist nämlich darauf angelegt, die strukturelle Unterlegenheit der einzelnen Arbeitnehmer beim Abschluss von Arbeitsverträgen durch kollektives Handeln auszugleichen und damit ein annähernd gleichwertiges Aushandeln der Löhne und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Selbst wenn der einzelne Arbeitgeber nicht dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern (KAV Bayern), der über die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände Tarifvertragspartei des TVöD ist, beitreten will oder kann, besteht die Möglichkeit, eigenständig eine tarifvertragliche Regelung (Haustarifvertrag) mit der GEW abzuschließen.

Dazu ist es notwendig, dass sich die Beschäftigten gewerkschaftlich organisieren, um mit Hilfe der Gewerkschaft den Abschluss einer tarifvertraglichen Regelung mit dem Arbeitgeber zu erreichen.

Für den Fall, dass der Arbeitgeber dem KAV Bayern beitrifft, entfaltet der Tarifvertrag für Gewerkschaftsmitglieder unmittelbare und zwingende Wirkung, so dass es keines Haustarifvertrags oder einer arbeitsvertraglichen Bezugnahme auf den Tarifvertrag bedarf.

Keinesfalls dürfen die Betriebsräte bei Änderungen der Entgeltregelungen auf ihr Mitbestimmungsrecht aus § 87 Abs. 1 Nr. 10 Betriebsverfassungsgesetz verzichten.

Wir sind gerne bereit dabei zu unterstützen.

von Hans Schuster

Justiziar der GEW Bayern



Überleitung in den TV-L: Mitteilungen überprüfen!

Im Oktober/November 2006 haben hunderttausende Beschäftigte der Länder ihre »Überleitungsmitteilung« erhalten. Darin steht nicht nur das Novembergehalt, sondern auch die künftige Entgeltgruppe und -stufe im Tarifvertrag Länder (TV-L). Mittlerweile zeigt sich, dass diese Überleitungsmitteilungen teilweise fehlerhaft sind. Dies wirkte sich zwar meist noch nicht im November auf die Bezahlung aus, die sich weitgehend aus dem bisherigen BAT-Gehalt errechnete,

aber mittel- bis langfristig kann eine Zuordnung zur falschen Entgeltgruppe oder -stufe zu deutlichen Einkommensverlusten führen. Die richtige Zuordnung der bisherigen BAT-Vergütungsgruppen zu den neuen Entgeltgruppen ist im Überleitungs-Tarifvertrag Länder (TVÜ-L) in Tabellen geregelt, die unter www.gew.de im Internet nachgelesen und heruntergeladen werden können. In Zweifelsfällen sollten Beschäftigte sich zunächst an ihren Personalrat wenden.



Was ist los im Verein für Sozialarbeit?

Im Verein für Sozialarbeit hat sich in den letzten Jahren einiges bewegt, aber die für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zentrale Frage des zukünftigen Gehalts ist seit Monaten ungeklärt.

In den Verhandlungen der öffentlichen Arbeitgeber mit den Gewerkschaften ist der BAT, an den sich die meisten der Arbeitsverträge anlehnen, endgültig zum Auslaufmodell erklärt worden. Tag eins nach dem BAT wird kommen und im Verein für Sozialarbeit ist noch keine neue Lohnstruktur in Sicht. Dies beunruhigt die Arbeiterschaft.

Deshalb hier eine kurze Chronologie der Ereignisse:

- Nach dem Tod des langjährigen Geschäftsführers wurde im Verlauf des Jahres 2003 unter der neuen Geschäftsführung deutlich, dass sich der Verein in einer sehr schwierigen finanziellen Lage befindet und nicht, wie bis dahin von vielen angenommen, über gute Rücklagen verfügt.
- Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verzichteten deshalb 2003 auf ihre tarifliche Einmalzahlung und dauerhaft auf freiwillige Zulagen. Sie stundeten dem Verein 25 % des Weihnachtsgeldes.
- 2004 verzichteten fast alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf das bis dahin gestundete Weihnachtsgeld von 2003, auf das Urlaubsgeld 2004, auf das Weihnachtsgeld 2004 sowie auf vertraglich zugesicherte monatliche Zulagen.
- Im zweiten Halbjahr 2004 wurden entgegen der bis dahin üblichen Praxis keine Fortbildungszuschüsse mehr gewährt. Seitdem sind die Fortbildungsbudgets der einzelnen Einrichtungen deutlich reduziert.
- Im April 2005 stellte die Geschäftsführung auf einer MitarbeiterInnenversammlung erstmalig Pläne zu einem geänderten Lohnsystem vor.
- Ebenfalls im April 2005 gründeten engagierte Kollegen und Kolleginnen eine gewerkschaftliche Betriebsgruppe. Zu diesem Zeitpunkt war vonseiten der Geschäftsführung wiederholt darauf hingewiesen worden, dass nur die vereinten Anstrengungen aller die Insolvenz des Vereins abwenden können.
- Im Juli 2005 forderte die Geschäftsführung die Arbeiterschaft zu erneutem Verzicht auf Lohnbestandteile, insbesondere auf die tarifliche Einmalzahlung und auf das Urlaubsgeld auf. Nachdem in der Vergangenheit stets eine große Bereitschaft der Kollegen und Kolleginnen bestanden hatte, dem Verein über kurzfristige Krisen durch persönlichen Verzicht zu helfen, erklärte sich zu diesem erneuten Verzicht nur noch ein kleiner Anteil der Arbeiterschaft bereit.
- In der Folge wurden alle vertraglich vereinbarten Zahlungen an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geleistet.
- Im öffentlichen Dienst wurde der BAT durch den TVöD zum 01.10.2005 ersetzt.
- Im Herbst 2005 trat die Gewerkschaft erstmalig mit der Bitte um Tarifverhandlungen an die Geschäftsführung heran.
- Im Dezember 2005 wurden die arbeitgeberfinanzierten Versorgungsleistungen für die Pensionszusagen und Pensionskasse zum Jahreswechsel widerrufen.
- Im Februar 2006 trafen sich die gewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen des Vereins und beschlossen, dass sie eine tarifliche Regelung durch einen

Haustarifvertrag oder einen Anwendungstarifvertrag wünschen. Sie forderten die Gewerkschaften GEW und ver.di dazu auf, in Tarifverhandlungen mit der Geschäftsführung zu treten.

- Im April, Mai und Juni 2006 wandte sich die GEW mit den entsprechenden Aufforderungen schriftlich an die Geschäftsführung.
- Ende Juni 2006 antwortete die Geschäftsführung erstmalig und signalisierte den Wunsch des Arbeitgebers, vorrangig mit dem Betriebsrat eine Einigung über eine Lohnstruktur im Verein treffen zu wollen.
- Im Sommer und Herbst gab es zwei Gespräche zwischen VertreterInnen der Gewerkschaften und der Geschäftsführung. Dabei gab es keine Annäherung in den wesentlichen Fragen. Die Geschäftsführung signalisierte kein Interesse an weiteren Gesprächen und vereinbarte keine Folgetermine.
- Im Januar 2007 erklärte der Geschäftsführer bei einer Betriebsversammlung vor versammelter Belegschaft, dass Gewerkschaften für ihn keine Verhandlungspartner sind. Er äußerte, dass er den Betriebsrat bzw. die einzelnen Mitarbeiter als seine Verhandlungspartner sieht. Dies löste in der Belegschaft große Verwunderung und Verärgerung aus.

Wie man dieser Chronologie entnehmen kann, gibt es bei den Kollegen und Kolleginnen eine hohe Bereitschaft, sich sowohl durch finanziellen Verzicht, als auch durch persönliches Engagement für den Erhalt des VfS einzusetzen.

Die MitarbeiterInnen sind gewerkschaftlich – gemessen am Durchschnitt in der Branche – sehr gut organisiert; viele von ihnen haben sich teilweise sehr intensiv mit dem Thema Tarifverträge und insbesondere mit dem TVöD auseinandergesetzt.

Die Betriebsgruppe, in der sich eine Reihe von Kollegen und Kolleginnen engagieren, steht in direktem Kontakt zur Gewerkschaft und ist bereit, Aktivitäten der Arbeiterschaft zu organisieren und öffentlich zu machen. Im Unterschied zum ebenfalls sehr engagierten Betriebsrat ist diese Gruppe für alle zugänglich und nicht dem Betriebsverfassungsgesetz mit seiner Friedenspflicht unterworfen. Sie kann von daher auf ganz andere Möglichkeiten zurückgreifen, um Einfluss auf die Geschäftsführung zu nehmen. Sie kann diese Möglichkeiten nutzen, um Druck auf die Geschäftsführung auszuüben, damit diese Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft aufnimmt.

Der Abschluss eines Tarifvertrages würde für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Lohngerechtigkeit und Zukunftssicherheit herstellen.

Die Betriebsgruppe des Vereins für Sozialarbeit sieht, dass derzeit viele Kollegen und Kolleginnen, auch bei anderen Arbeitgebern in einer ähnlichen Situation sind. Sie kann sich gut vorstellen, nach dem Solidaritätsprinzip auch mit anderen Betriebsgruppen zusammenzuarbeiten, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Aktionen zu koordinieren. Kontakt kann über die E-mail-Adresse gew-bg-vsfa@gew-muenchen.de aufgenommen werden.

**für die Betriebsgruppe des VfS
Barbara Dötzer**





Nehmt die Studiengebühren zurück!

GEW Bayern unterstützt den Kampf gegen Studiengebühren

Das Studieren
wird jetzt teurer.

Sieben Bundesländer führen Studiengebühren in Höhe von 500 Euro im Semester ein. 1,4 Millionen der 2 Millionen Studierenden sind davon betroffen. Gleichzeitig wird das Kindergeld, ein nicht unerheblicher Bestandteil der Studienfinanzierung, nur noch bis zum Alter von 25 Jahren gezahlt. Besonders hart trifft das jenes Viertel der Studierenden, die monatlich weniger als 600 Euro zur Verfügung haben.

Die GEW ist gegen ein Bezahlstudium. Studieren ist schon heute viel zu teuer: Die Lebenshaltungskosten steigen, die Ausbildungsförderung nach dem BAföG erreicht nur 18 % aller eingeschriebenen Studierenden – mit seit 2001 eingefrorenen Fördersätzen und Freibeträgen. Seit 2003 ist der durchschnittliche Förderbetrag nicht mehr gestiegen. Bereits heute sind zwei Drittel der Studierenden erwerbstätig.

Für die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums gibt es gute Gründe

- Mit der Einführung von Studiengebühren stellt sich die Bayerische Staatsregierung selbst ein Armutszeugnis aus. Seminare und Hörsäle sind überfüllt, unsere Hochschulen sind – nicht zuletzt aufgrund der Etatkürzung von 5 % im Jahr 2004 – seit Langem systematisch unterfinanziert. Jetzt soll ein Teil der Kosten auch noch auf die Studierenden abgewälzt werden. Die GEW fordert eine bedarfs- und nachfragegerechte Hochschulfinanzierung und einen zügigen Ausbau der Studienplätze.
- Das deutsche Bildungssystem ist hochgradig selektiv und sozial ungerecht. In keiner anderen Industrienation ist der Zusammenhang zwischen herkunftsbedingten Benachteiligungen und Bildungserfolg so eng wie in Deutschland, und hier am engsten in Bayern. An den Hochschulen verschärft sich die soziale Ungerechtigkeit nochmals deutlich. Dies wird durch die 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks erneut belegt. Von 100 Kindern aus bildungsnahen, einkommensstarken Haushalten gehen 85 aufs Gymnasium, 81 studieren. Von 100 Kindern aus bildungsfernen, einkommensschwächeren Familien gehen 36 aufs Gymnasium, lediglich 11 schaffen den Sprung auf die Hochschulen.

Aufgrund der absehbaren finanziellen Belastungen durch ein Studium werden viele vom Studium abgeschreckt, insbesondere die sozial Benachteiligten. Zum Numerus Clausus in Bezug auf den Notendurchschnitt – mittlerweile hat jedes zweite Studienfach einen NC – kommt der soziale Numerus Clausus dazu! 2002 nahmen noch 73 % der AbiturientInnen ein Studium auf, 2004 nur noch 71 %, 2005 sank der Anteil auf 69 %. Im Studienjahr 2006 ist die Zahl der StudienanfängerInnen im Vergleich zum Vorjahr um weitere 3,5 % zurückgegangen, an den Universitäten sogar um 5 %. Die StudienanfängerInnenquote ist seit 2003 um 3,4 % auf 35,5 % gesunken, in anderen Industrieländern liegt sie im Durchschnitt bei 40 %. Deutschland, und insbesondere das bundesdeutsche Schlusslicht Bayern, brauchen aber nicht weniger, sondern deutlich mehr AkademikerInnen. Während Südkorea inzwischen bei der Anzahl der HochschulabsolventInnen (der 25- bis 34-Jährigen) vom 21. auf den 3. Platz der OECD-Länder aufgestiegen ist, fiel Deutschland von Platz 14 auf Platz 22 zurück.

Die GEW fordert, dass nicht noch mehr junge Menschen durch finanzielle Hürden vom Studium abgehalten werden.

- Während im Jahr 2002 noch 73 % der AbiturientInnen studierten, sank nach der neuesten Studierendenbefragung des Hochschulinformationssystems diese Zahl kontinuierlich auf nur noch 69 % im Jahr 2005. Als Begründung nannten die Befragten den ForscherInnen vor allem die Angst vor Studiengebühren und den gerade dadurch von vielen nicht mehr zu erfüllenden Wunsch nach finanzieller Unabhängigkeit von der Familie. Viele AbiturientInnen suchen sich statt des für sie zu teuren Studiums einen Ausbildungsplatz und verschärfen damit den Verdrängungswettbewerb zwischen SchülerInnen mit Abitur, Realschul- und Hauptschulabschluss.
- Studiengebühren helfen nicht nur den FinanzministerInnen beim Stopfen von Haushaltslöchern. Sie sind darüber hinaus Dreh- und Angelpunkt der schrittweisen Kommerzialisierung von Bildung und Wissenschaft: Studium und Lehre werden zur Ware, Hochschulen zu Dienstleistungsunternehmen, Studierende angeblich zu KundInnen. Bildung ist aber keine Ware, sondern ein Menschenrecht! Die GEW fordert gute Bildung für alle.

- Schritt für Schritt wurde in den letzten Jahren Bildung mit Kosten verbunden. Zunächst wurden Langzeitstudiengebühren und Studienkonten eingeführt. 2007 sollen in sieben von sechzehn Bundesländern allgemeine Gebühren für alle Studierenden folgen. Der nächste Schritt könnten Schulgelder für die Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) oder für Nachmittagsangebote sein. Im Bereich der vorschulischen und beruflichen Bildung (Fachschulen) wurden schon vor Jahren Gebühren durchgesetzt. Diese Entwicklung geht in die falsche Richtung. Die GEW fordert Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni.

Die GEW steht im Kampf gegen Studiengebühren auf der Seite der Studierenden und fordert die Staatsregierung und die Hochschulen zur sofortigen Rücknahme aller Gebühren auf.

Um die Chancengleichheit zu verbessern, setzt sich die GEW dafür ein, dass soziale Zugangsschwellen zur höheren Bildung abgebaut und die soziale Infrastruktur an den Hochschulen ausgebaut wird. So muss das BAföG dringend an die gestiegenen Lebenshaltungskosten der Studierenden angepasst und zu einem leistungsfähigen, einfachen, transparenten und verlässlichen Studienfinanzierungssystem in staatlicher Verantwortung umgestaltet werden.

Die Studiengebühren sind rechtlich fragwürdig!

Die BRD hat 1976 den UN-Vertrag über wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte ratifiziert. Darin wird die Entwicklung eines unentgeltlichen Bildungssystems verlangt. Studiengebühren sind ein klarer Verstoß gegen dieses Ziel.

Nach einem Rechtsgutachten des ehemaligen Kanzlers der TU München, Ludwig Kronthaler, sind die geplanten bayerischen Gebührenregelungen verfassungswidrig. Das diesbezügliche bayerische Gesetz sieht nämlich vor, dass 10 % der Gebühren als Ausfallbürgschaft zurückgelegt werden und die Banken bei Schwierigkeiten der Darlehensrückzahlung darauf zurückgreifen können. Diese Regelung stelle einen Widerspruch zur Sozialverträglichkeit von Studienbeiträgen dar, die das Bundesverfassungsgericht im Januar 2005 zur Voraussetzung eines gebührenpflichtigen Studiums gemacht hat. Denn über diesen Weg müssten ja die Studierenden selbst für die sozialverträgliche Ausgestaltung aufkommen. Rechtswidrig sei auch die Erhebung eines Einheitsbetrages von 500 Euro, weil dies dem Abgabenrecht widerspräche. Danach müsse entsprechend dem Verwendungszweck (Verbesserung der Lehre) festgelegt werden, was damit verbessert werden soll (z. B. Literaturangebote, Com-

puterarbeitsplätze, Betreuungsverhältnisse). Dann müssten die Kosten errechnet und durch die Zahl der Studierenden geteilt werden. So ergäben sich je nach Studiengang völlig individuelle Gebühren. Keine Kommune könne vorab Beiträge zum Bau einer Straße erheben, ohne zu sagen, ob, wo und wie sie verlaufen soll. Der Verwendungszweck müsse in der Satzung der Hochschule beschrieben sein, sonst handele es sich um eine rechtswidrige Beitragserhebung.

Die Rechtslage ist allerdings vor allem dadurch kompliziert, weil jede Hochschule eine eigene Gebührensatzung erlassen hat. Die Erfolgsaussichten juristischer Schritte oder die Gewährung evtl. notwendig werdenden Rechtsschutzes können daher nicht generell beurteilt werden, sondern hängen von der jeweils spezifischen Situation an der betreffenden Hochschule ab.



Die GEW wird einzelne, besonders erfolgversprechende Musterklagen unterstützen. Die GEW überprüft außerdem die Möglichkeit und Erfolgsaussicht einer Popularklage.



Stell Dir vor, es gibt Studiengebühren und keiner zahlt ein ...

Die GEW begrüßt einen Boykott der Studiengebühren. Sie hält ihn für politisch gerechtfertigt und für ein legitimes Mittel kollektiver Interessenvertretung. Die möglichen Risiken einer Teilnahme am Boykott dürfen dabei aber nicht verschwiegen werden. Das Risiko lässt sich minimieren, wenn sich möglichst viele Studierende daran beteiligen. Durch die Einrichtung eines Treuhandkontos unter notarieller Aufsicht und durch eine Quorumsregelung wird sichergestellt, dass der Boykott nur dann tatsächlich durchgeführt wird, wenn sich mindestens 25 % der eingeschriebenen Studierenden beteiligen.



von Helmut Oskar Brückner
Vorsitzender der GEW Bayern



und Hans-Georg Schmid
Dipl.-Pol., Koordinator LA-Kampagne der GEW Bayern



BAföG muss bleiben!

BOS-SchülerInnen kämpfen um Finanzierung

Die Bundesregierung will ab September 2007 das elternunabhängige BAföG einschränken. SchülerInnen, die das Abitur an der BOS machen wollen, sollen nur noch dann elternunabhängig gefördert werden, wenn sie nach ihrer Berufsausbildung drei bzw. ein Jahr lang (Letzteres deutet sich als aktueller Kompromiss an.) gearbeitet haben. Zwischen 40 und 60 Prozent der SchülerInnen an den BOSen erfüllen dieses Kriterium nicht. Ihre Chance, das Abitur über den zweiten Bildungsweg zur Erlangen, sinken damit rapide. Und das Feigenblatt der "Durchlässigkeit" des bayerischen Schulsystems verdorrt. Am 12. Februar demonstrierten deshalb gemäß einem Aufruf der »Aktionsgruppe Bafög der Berufsoberschulen Bayerns« ca. 2500 Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihren Lehrkräften gegen dieses Vorhaben. Wir dokumentieren die Rede unseres Kollegen Hardo Kroll, Schulleiter der BOS Sozialwesen in München.



Hardo Kroll



Liebe Schülerinnen und Schüler, Sie gehören nicht zu den jungen Menschen, die den einfachen Weg über Grundschule und Gymnasium zu den Hochschulen gegangen sind. Aus vielfältigen Gründen sind Sie einen anderen Weg gegangen, der häufig auch verschlungen, vielleicht auch von Misserfolgen begleitet war, aber einen Weg, der Ihnen über die berufliche Ausbildung auch ganz andere Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt hat, als sie die Begeher des einfachen Weges vorweisen können.

Sie sind eine Minderheit in unserem Bildungssystem. Und das hat historische Gründe: Gegen die so genannte Bildungskatastrophe der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts stand der programmatische Satz Ralf Dahrendorfs »Bildung ist Bürgerrecht«. Der Zugang zu Bildung ist das Recht eines Jeden – und der Staat muss diesen Auftrag ernst nehmen, er muss für die Zugangsmöglichkeiten zu Bildung sorgen. Diese Erkenntnis führte damals zur Umgestaltung der Bildungslandschaft. Und für den Erhalt zweier wichtiger Faktoren dieser Umgestaltung demonstrieren wir heute:

- Das BAföG wurde damals geschaffen, um das es heute geht,
- und in Bayern wurden Fach- und Berufsoberschulen als ganz neue Schularten entwickelt, die einen breiteren Zugang zu Hochschulen versprachen, und um die BOS geht es heute.

In den 90er Jahren ist noch eine gravierende Veränderung hinzugekommen: Von der Hauptschule zur Hochschule hieß die programmatische Schlagzeile der Reform, die an der BOS einen Durchstieg für Absolventen der Hauptschule mit Berufsausbildung zu einem Hochschulzugang ermöglichen sollte.

Das war ein Signal!

Und Sie haben es gehört. Es war ein Signal für leistungsbereite und motivierte SchülerInnen, die erst zögerlich, dann immer zahlreicher an die Vorklassen der Berufsoberschulen gekommen sind. Und unsere Lehrkräfte haben Sie mit Herz und Verstand versucht zu fördern und zu fordern, damit sie diesen gewünschten Schulabschluss erreichen.

Wir haben gerade an der Schule, von der ich komme, viele Beispiele erfolgreicher Abschlüsse, eine Erfolgsquote von mehr als 60 % ehemaliger HauptschülerInnen, die nun zur Hochschule gehen können.

Die Berufsoberschulen sind zu einem stetig wachsenden Erfolgsmodell geworden – aus kleinen Anfängen und wenigen Standorten ist nun ein breites Netz mit inzwischen 11.000 SchülerInnen in Bayern entstanden.

Von diesem Erfolg zeugen die Berichte unserer Ehemaligen, die das Studium durchgestanden haben, die im Studium oft sogar sehr erfolgreich waren. Aber auch von Fachhochschulen und Fachbereichen der Münchner Universitäten hören



Wir danken MAXoMAD für die Fotos. Siehe auch: www.MAXoMAD.de Dort gibt es noch mehr von der Demo zu sehen.



wir immer wieder erfreuliche Nachrichten über BOS-AbsolventInnen, die dort sehr geschätzt werden, weil sie wissen, was sie wollen, weil sie eher gewohnt sind durchzuhalten, weil sie im besten Sinn studierfähig sind.



Was macht eigentlich diesen Erfolg der BOS aus?

Kern des BOS-Gedankens ist, den Beruf ernst zu nehmen. Auf dem erworbenen Wissen, den erworbenen Fähigkeiten baut die BOS mit ihren unterschiedlichen Profilen auf. Und soweit die Berufsausbildung im Schulalltag auch weg zu sein scheint, es findet in den Profulfächern immer wieder eine Anknüpfung an die Praxis statt.



Erarbeitetes Wissen, erworbene Fähigkeiten sind nicht nutzlos. Auf dieser Basis kommen zu uns in der Regel hochmotivierte und leistungsbereite junge Menschen, die den mühsamen Weg einer Weiterqualifizierung wagen.

Sie kommen, und die Gesellschaft braucht sie, alleine schon, um nach PISA die Abiturientenquote nicht irgendwie, sondern nach einem gelungenen Konzept zu steigern.

Diese jungen Menschen haben Mut, sie treffen ihre Entscheidungen für die Schulausbildung, sie sind selbstständig. Und ein wichtiger Baustein in dieser Planung der eigenen Zukunft ist das BAFöG. Ein Baustein, der nötig ist, um einen Teil der Finanzierung abzusichern, die Sie auch zum Schulleben brauchen, ohne auf die Eltern zurückzugreifen. Und nun kommt mit der BAFöG-Novelle 2007 ein ganz anderes Signal.

Dieses Signal heißt: »Halt!«

Denn es erzwingt erst einmal die Absprache mit den Eltern, ob sie bereit und in der Lage sind, ihr Kind zu unterstützen, ob sie bereit und in der Lage sind, ihr Einkommen gegenüber Staat und Kindern offenzulegen – und das heißt insgesamt, ob sie die Entscheidung ihres Kindes tolerieren oder ablehnen. Und nicht wenige unserer Schülerinnen und Schüler berichten, wie distanziert ihre Eltern den Fortbildungswünschen ihrer Kinder gegenüberstehen.

Dieses Signal heißt auch »Halt!« für diejenigen, die gleich nach der Ausbildung rasch an Fachabitur oder Abitur kommen wollen. Sie müssen, wenn die Eltern nicht mitspielen, erst einmal ein bis drei Jahre irgendwie berufstätig zubringen, um eine familienunabhängige Förderung zu erreichen. Beklagt die Politik nicht stets das zu hohe Alter unserer HochschulabsolventInnen?

Und dieses Signal heißt auch »Halt!« für diejenigen, die über Hauptschule und Berufsfachschule diesen Weg der Weiterbildung gehen wollen. Diese Berufsfachschulen bilden für Berufe aus, die selbst in der Boomregion München für viele nur in die Arbeitslosigkeit führen. Die Alternative hieße: Jobben oder Arbeitslosigkeit. Kann das eine vernünftige Perspektive für junge Menschen sein, die sich qualifizieren wollen und die ohnehin schon in den Vorklassen nur familienabhängiges BAFöG bekommen haben?

Gerade diese jungen Frauen und Männer, die eher aus bildungsfernen Schichten kommen, brauchen das Signal »Kommt! Wir helfen Euch finanziell, auch ohne Eure Eltern, Euer Ziel zu erreichen.«

Liebe Schülerinnen und Schüler, Sie sind eine Minderheit, die durch die Neuregelung schlechter gestellt wird. Und Sie werden schlechter gestellt zugunsten einer anderen Minderheit, etwa den alleinerziehenden Müttern, die nach der BAFöG-Novelle besser gestellt werden sollen.

Aber für uns kann es nicht heißen: Minderheit gegen Minderheit. Wir lassen uns nicht auf das Spiel ein, anderen Minderheiten etwas zu bestreiten, das wir – das sie brauchen. Bildung ist wesentlicher Bestandteil Ihrer und unser aller Zukunft. Und es ist beschämend, diesen Satz in Politikerreden immer wieder zu hören und in der Praxis zu sehen, was sie wirklich tun.

Die Einsparungen beim familienunabhängigen BAFöG für BOS-SchülerInnen werden nur wenige Millionen Euro betragen. Sie treffen aber die Berufsoberschulen Bayerns in ihrer Existenz. Beim Durchlesen der Reden und Protokolle des Bildungsausschusses im Deutschen Bundestag hatte ich den Eindruck, dass die meisten Abgeordneten gar nicht wissen, dass sie mit ihren Entscheidungen den bayerischen BOSen die Grundlage entziehen.

Deshalb geht es darum, den Politikerinnen und Politikern das Problem bewusst zu machen und darum zu werben, mehr Geld für Bildung bereitzustellen und damit in die Zukunft zu investieren.

Das, liebe Schülerinnen und Schüler, können nur Sie leisten.

Sie sind – zum Glück – auch eine lautstarke Minderheit. Das sehen wir heute!

Treten Sie ein für Ihre Schule, und für die SchülerInnen, die nach Ihnen kommen wollen!

Treten Sie ein für Ihr Bürgerrecht auf Bildung!

Machen Sie aufmerksam auf die faktisch drohende Sperrung des Bildungszugangs für junge Frauen und Männer!

Starten Sie eine Informationskampagne an die örtliche Presse und die Sender, an Ihre örtlichen Abgeordneten des Bundestages in Berlin und an alle Abgeordneten des Bildungsausschusses dort. Wenn Sie denen deutlich machen – in Tausend und Tausend Briefen und E-mails – was für Sie die BOS bedeutet und welche Wichtigkeit für Sie familienunabhängiges BAFöG hat, wenn Sie Ihr legitimes Recht auf Widerstand gegen scheinbar schon beschlossene Gesetzesnovellen jetzt überall hörbar aktivieren, dann haben Sie eine Chance.

Diese Chance wünsche ich Ihnen und uns allen, die mit der bayerischen BOS verbunden sind. ■



Zivilcourage als Unterrichtsfach fürs Leben



SchülerInnen kämpfen um Stolpersteine des Gedenkens

»Das war voll der Schock.« Lucia Hundt kann ihre Heimatstadt nicht verstehen. Die 17-jährige Schülerin des Luisengymnasiums hat gemeinsam mit ihrer Freundin und Klassenkameradin Anya Deubel dafür gesorgt, dass im Stadtteil Bogenhausen der Kölner Künstler Gunter Demnig seine ersten beiden Stolpersteine in München verlegen konnte. Doch der Stadtrat hatte etwas dagegen und ließ die Steine wieder entfernen.

Die Initiative STOLPERSTEINE ■ MÜNCHEN setzt sich für die Verlegung dieser kleinen Messingplatten vor jenen Häusern ein, aus denen während der Nazizeit Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, geistig und körperlich Behinderte sowie aus politischen und religiösen Gründen Verfolgte deportiert wurden. Die Verlegung war im Juni 2004 vom Stadtrat verboten worden.« So berichtete 2004 die Wochenzeitung »Das Parlament« (Nr. 29/30).

Ein gefragtes Projekt ...

Inzwischen sind seit den 1990er Jahren in über 200 Städten – auch in Bayern, so in Nürnberg und Bamberg, in Erding und Dachau – an die 10.000 Steine verlegt worden. Die Entscheidung für die 10 mal 10 cm großen Messingplatten erfolgte vielerorts erst nach intensiven und fruchtbaren Diskussionen. Für sein Projekt hat der Kölner Künstler Gunter Demnig das Bundesverdienstkreuz erhalten. Und die Nachfrage nach Stolpersteinen (auch aus dem Ausland) steigt.

... wird in München verhindert

Nur in München bewegt sich bis jetzt scheinbar nichts: 2004 nannte der BR die Einwände der beiden Hauptgegner der Stolpersteine: OB Christian Ude will keine »Inflationierung der Gedenkstätten« in München und Charlotte Knobloch (Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde und Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland) will nicht, dass PassantInnen »auf den Namen der Opfer herumtrampeln« (Capriccio – Kulturmagazin des Bayerischen Fernsehens, 12. 6. 2004).

Seitdem haben sich Frau Knobloch und Herr Ude jeder weiteren Diskussion verweigert. Vielleicht weil sie wissen,

wie subjektiv und wenig überzeugend ihre Argumente auf viele Menschen wirken:

Herr Ude weiß, dass trotz des neu errichteten jüdischen Gemeindezentrums auf dem St.-Jakobs-Platz Gedenkstätten des NS-Terrors in München eher selten und oft nur dem beharrlich Nachfragenden zugänglich sind. Die Stolpersteine hingegen sind eine sehr persönliche Form des Erinnerns, die unaufdringlich den Ermordeten wieder einen Namen gibt und zwar dort, wo sie zuletzt lebten.

Frau Knobloch ignoriert, dass es nicht nur um jüdische NS-Opfer geht und dass es zahlreiche Mitglieder in der jüdischen Gemeinde gibt, die für ihre ermordeten Angehörigen einen Stein verlegen wollen – wie dies bei den ersten beiden Stolpersteinen der Fall war, die in München wieder herausgerissen wurden.

UnterstützerInnen gesucht

Die Initiative STOLPERSTEINE ■ MÜNCHEN findet sich damit nicht ab. Mit ihrem Leitspruch »Das Geheimnis der Erinnerung ist die Nähe« wirbt sie für dieses Projekt des Gedenkens von unten und verweist insbesondere auf dessen pädagogischen Stellenwert in einer Zeit, in der Zeitzeugen selten werden. Die Initiative veranstaltet Lesungen, Musikveranstaltungen, Installationen und Performances, auf denen für die Idee geworben wird. Für über 100 Steine (à 95 Euro) wurden in München bereits Patenschaften übernommen.

Jetzt gilt es »nur« noch, den Stadtrat zu überzeugen. Dazu braucht die Initiative die breite öffentliche Unterstützung – mit Ideen, mit Spenden für die laufende Arbeit, mit praktischen Hilfen, in Gesprächen und mit Unterschriften unter die Petition »Wir wollen Stolpersteine gegen das Vergessen« auch in München«.

Wer die Initiative unterstützen will, wer mit SchülerInnen in einem Projekt Zeitgeschichte und Zivilcourage erfahrbar machen will, findet mehr unter: www.stolpersteine-muenchen.de

von Wunibald Heigl
Lehrer und Trainer in München



Noch eine Runde auf dem Karussell«, so lautet der Titel eines Buches, das mich in der letzten Zeit wie kaum ein anderes in seinen Bann gezogen hat. Es handelt vom Zeitgewinn, doch von keinem der üblichen Art. Der Verfasser ist der italienische Journalist Tiziano Terzani, der Jahrzehnte lang als Asienkorrespondent des »Spiegel« und für den »Corriere della Sera« sowie für »la Repubblica« tätig war. Terzani starb 2004, kurz nachdem er das Buch vollendet hatte. Ein Jahr später erschien es auf Deutsch. Von den vielen anderen Büchern, die er geschrieben hat, ist wohl das bekannteste: »Fliegen ohne Flügel. Eine Reise zu Asiens Mysterien«.

Mit 59 Jahren erkrankt Terzani, Jahrgang 1938, an Krebs. Der Diagnose sind gründliche Untersuchungen an einer Bologneser Klinik vorausgegangen. Es ist ein Julitag, an dem ihm der gewissenhafte Arzt das Ergebnis in allen Details erläutert. In der Nacht, die der Kranke allein noch in der Klinik verbringt, schiebt sich vor sein inneres Gesicht ein Bild, das er als Metapher seines Lebens begreift und das ihn seither nicht mehr verlassen hat. Er schreibt: »Ich sah mein Leben als Karussellfahrt: Schon gleich zu Beginn hatte ich ein prächtiges weißes Pferd ergattert und seitdem, nach Herzenslust schaukelnd, meine Runden auf ihm gedreht, ohne dass jemals irgendjemand – und das wurde mir in jener Nacht zum ersten Mal klar – auf mich zugekommen wäre und meinen Fahrschein verlangt hätte. Nein. Eigentlich hatte ich gar keinen Fahrschein. Ich war das ganze Leben lang schwarzgefahren. Nun gut: Jetzt kam eben der Schaffner vorbei, ich zahlte, was ich schuldig war, und würde, wenn alles gut ging, vielleicht schon bald wieder aufbrechen können zu einer weiteren Runde auf dem Karussell.«

Ganz beeindruckt von diesem heiter-ernsten Gleichnis las ich das Buch zunächst als fesselnden und bewegenden Bericht über den aufregenden Versuch, die tödliche Krankheit zu besiegen und dem Tod so viele Lebensjahre wie möglich abzutrotzen. Der Patient Terzani ist sich des aggressiven Charakters der westlichen Medizin von Anfang an bewusst, dennoch lässt er sich erst einmal auf ihre Heilmethoden ein. In New York unterzieht er sich nacheinander einer Chemotherapie, einer Operation und einer Strahlenbehandlung. Das Ganze dauert fast sieben Monate. Danach wird er auf »Heilbewährung« entlassen. In gewissen Abständen wollen ihn seine »Instandsetzer« zur Begutachtung wiedersehen. »Führen Sie ein normales Leben!« Und hier begann für mich der aufregendste Teil des Buches. Denn wie reagiert Terzani auf diesen Ratschlag der Ärzte?

Ein normales Leben? »Das war das Letzte, wonach es mich drängte. Wieder so leben wie zuvor? In die alte Tretmühle zurückfallen? Mit den Zeitungen, Interviews, Abendessen mit Diplomaten, angeforderten Artikeln, dem vielen überflüssigen Geplapper, wie etwa im Fahrstuhl, wenn man zum dreißigsten Stock hinauffährt und sich trotzdem sehnlichst wünscht, die Treppe genommen zu haben? Konversation? Nein, bitte nicht!« Etwas weiter fährt er fort: »Zudem war ich ja überzeugt, dass meine Krebserkrankung auch irgendwie mit dem Leben zusammenhing, das ich geführt hatte, und ich hatte für mich beschlossen, anders zu leben.« Dann kommt er zum Punkt: »Und anders war auch ich selbst: Mir war wie nie zuvor meine Sterblichkeit bewusst. Ich dachte anders, fühlte anders. Meine Beziehung zur Welt überhaupt war anders geworden.«

Seine journalistische Neugier und sein Forscherdrang, auch die fernöstlichen Heilverfahren kennen zu lernen, und sein Wunsch, sie an sich zu erproben, bewegen ihn zu einer großen therapeutischen Studienreise. Sie führt ihn zu allen bedeutenden Stätten der asiatischen Medizin und vermittelt ihm ein vertieftes Verständnis der Kulturen, in die sie eingebettet ist. In Indien erlebt er das »heilende Theater«, Thailand wird für ihn die »Insel der Gesundheit«, Hongkong erscheint ihm als das »Reich der Pilze« und auf den Philippinen bewundert und durchschaut er die »magischen Heiler«. Obwohl er eine letzte Skepsis gegenüber den vielerlei Kuren und Heilmitteln nie ganz aufgibt, verändert die Reise ihn sehr, die immer mehr eine Reise nach innen wird. Sie endet schließlich in einem alten Steinhaus im Himalaya, wo er in der Nachbarschaft eines hoch gebildeten achtzigjährigen Inders eine besondere Art des Meditierens erlernt.

Der Zeitgewinn

Eine ganz persönliche Buchbesprechung

Aber Terzani bleibt in all den Jahren zwischen Krankheit und Genesung zugleich ein scharfer Beobachter und Kritiker der weltpolitischen Szene. Mit seinen »Briefen gegen den Krieg«, die er seinem Enkel widmet, mischt er sich ein. Drei Monate ist er unterwegs zwischen Pakistan und Afghanistan, um sich für die Sache der Gewaltfreiheit nach dem 11. September einzusetzen. Er fühlt sich in blendender Verfassung und sprüht vor Tatendrang – auch an dem Tag, an dem er sich wieder einmal zur Routineuntersuchung in »seiner« New Yorker Klinik vorstellt. Fünf Jahre sind seit der akuten Phase vergangen. Das Ergebnis: Neubildung eines bösartigen Tumors, der nicht einmal operativ entfernt werden kann. Eine Chemotherapie böte einige Überlebenschancen. Doch Terzani lehnt ab: »Eine neue Chemotherapie, ausgerechnet in den USA? Niemals. Überall sprach man von nichts anderem als Krieg.

Unmöglich hätte ich nach dem 11. September, nach Afghanistan, zu dem Land, das jetzt den Einmarsch in den Irak vorbereitete, noch jenes Verhältnis von früher haben können. Die Klinik selbst hatte sich verändert, aber natürlich vor allem die Atmosphäre in New York. Die Gewalt, die ich damals unterschwellig spürte, explodierte nun ganz offen, und mit den amerikanischen Kriegen und Konflikten wollte ich nichts mehr zu tun haben. Ich hatte die Nase voll von ihren intelligenten Bomben, die unschuldige Zivilisten töten, von ihrem angereicherten Uran, das zuallererst den eigenen Soldaten Krebs einträgt; ich hatte genug von ihren radikalen Chemo-Cocktails, von ihren kanzerogenen Radiotherapien. Ich wollte Frieden.«

Er kehrt heim in seine Vaterstadt Florenz, wo er am großen Fackelzug für den Frieden im Sommer 2003 teilnimmt. Dort hält er seine erste und letzte Rede bei einer solchen Veranstaltung. Um die Jahreswende ist er wieder in seiner Einsiedelei im Himalaya und schreibt an dem Buch, das mich wie so viele andere Menschen im Inneren berührt hat. In Italien wurde es zum Bestseller, was

Terzani sicher gefreut hat, was ihm aber wohl nicht mehr so wichtig gewesen ist. Denn er arbeitet an zwei großen Problemen: Mehr Zeit für andere aufzubringen und »nicht erst in den Himalaya flüchten zu müssen, um mich im Frieden mit mir selbst zu fühlen«. Den Bericht über seine unvergleichliche Reise hat er mit folgenden Sätzen enden lassen: »Ich lebe jetzt, hier, mit dem Gefühl, dass die Welt phantastisch ist, dass auf ihr nie etwas rein zufällig geschieht und dass es im Leben noch ständig Neues zu entdecken gibt. Und ich persönlich habe ganz besonderes Glück, denn für mich bedeutet mehr denn je jeder Tag – eine weitere Runde auf dem Karussell.«



von Hannes Henjes

Mitglied der DDS-Redaktion
Gymnasiallehrer im »Unruhestand«

Das Buch:

Tiziano Terzani: Noch eine Runde auf dem Karussell. Vom Leben und Sterben. Aus dem Italienischen von Bruno Genzler. Hoffmann und Campe, 2005, 732 S.

Mit der Satire der Verdummung begegnen



Satire ist nach Meyers Großem Taschenlexikon der Versuch, der Wirklichkeit durch ironisch-aggressive Übertreibung und Verfremdung beizukommen. Bösartigkeit soll ins Lächerliche gezogen werden und Heiterkeit auslösen. Das gelingt Max Göbel, viele Jahre Professor an der Nürnberger Fachhochschule, in seinem »Satirischen Tagebuch« glänzend. In 62 Kapiteln nimmt er skurrile Alltagssituationen am Stammtisch, im Urlaub oder beim Arzt, aber vor allem hoch

brisante politische Phänomene aufs Korn. So findet z. B. in der Nürnberger Meistersingerhalle ein Wettbewerb statt, auf dem die größten Lügen prämiert werden sollen. Der erste Preis geht an die durch nichts belegte Behauptung »Wenn die Reichen

immer reicher werden und die Unternehmer immer höhere Gewinne einstreichen, geht die Arbeitslosigkeit zurück«. Silberholt die These »Wer wirklich arbeiten will, findet immer Arbeit«, Bronze die Lüge »Uns allen geht es am besten, wenn alles privatisiert ist«.

Es sind in erster Linie die Unerträglichkeiten und Indoktrinationen des Neoliberalismus, die der Autor entlarvt, ebenso die hohlen Versprechungen der Politiker und die dreisten Verdummungsversuche der Medien. Ein Buch, das auf ernstem Hintergrund für Heiterkeit sorgt, uneingeschränkt lesenswert ist und auch im Unterricht prima eingesetzt werden kann.

Max Göbel ist seit Jahrzehnten GEW-Mitglied und bereits als Autor der Bücher »Die Oase. Kindheit und Jugend in der Stadt der Reichsparteitage« und »Die Oase lebt. Erwachsen werden im Nürnberg der Nachkriegszeit« den Lesern der DDS bekannt.

Thilo Castner

Max Göbel: Aus meinem satirischen Tagebuch.

Edition Knurrhahn im Thomas Rieger Verlag Nürnberg. 151 S., 9,80 Euro.



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur.

Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter www.AJuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de.

Im April 2007 erhält den LesePeter das Bilderbuch

Ulf Nilsson (Text) und Eva Eriksson (Bilder): Die besten Beerdigungen der Welt

Aus dem Schwedischen übersetzt von Ole Könnecke • Frankfurt: Moritz 2006 • 32 S. • geb. • 12,80 Euro

Ein wundervoll respektloses Umgehen mit dem Tod: »Einmal hatten wir Langeweile und wollten etwas Lustiges machen ...« Das Mädchen und der Junge machen ein Bestattungs-Unternehmen auf für gestorbene Kleintiere. Absolut köstliche Bilder mit kleinen Hinterhältigkeiten.

Fachtagung Ethik am 24. März 2007: Wahrnehmung und Wirklichkeit

Vor zehn Jahren wurde der Fachverband Ethik in Bayern gegründet. Der Anstoß zur Gründung kam aus Baden-Württemberg, obwohl es in Bayern schon viel länger – seit den 1970ern – Ethikunterricht gibt.

Zu diesem Jubiläum führt der Fachverband Ethik in Bayern eine Fachtagung für alle Schularten unter dem Motto »Wahrnehmung und Wirklichkeit« durch. Vorträge zur Wirklichkeit von Wahrnehmung werden ergänzt durch unterrichtspraktische Beiträge für alle Schularten mit Schwerpunkten auf Grund- und Berufsschule sowie der Mittelstufe an Realschulen und Gymnasien. Die Tagung findet in Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Stadt Nürnberg statt.

Nähere Informationen unter www.pi-n.de

Tagung 4: Wahrnehmung und Wirklichkeit bzw. bei www.fv-ethik.de.

Lesen, Hören, Filmen – Lese- und Medienerziehung in Ganztageseinrichtungen

ist das Thema der Fortbildungstagung, die die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) vom 17.5. - 19.5. 2007 in der Tagungsstätte Hohenwart Forum in Pforzheim-Hohenwart veranstaltet. Für GEW-Mitglieder beträgt der Tagungsbeitrag 30 Euro.

Es sind noch einige Plätze frei – genauere Informationen und Anmeldungen:

Dagmar Richter-Kuttler

Holl 1 • 79692 Elbenschwand

ajum_tagung07@ajum.de

25 Jahre Medienzentrum München

Vom 23. - 28.4.2007 feiert das Medienzentrum München sein Jubiläum mit einer Filmretrospektive aus 25 Jahren Jugendfilmarbeit, einer Festgala am 27. April und einer Tagung am 28. April mit den Medienzentren aus dem deutschsprachigen Raum. Das Programm gibt es unter:

www.mzm.jff.de

Dies und Das

MZM-Seminar: Videoeinführung und medienpädagogisches Basiswissen

Dieser Einführungworkshop vermittelt erste Erfahrungen im Umgang mit dem Medium Video: angefangen von der Technik über Kameraführung und Grundlagen der Filmproduktion mit Kindern und Jugendlichen bis hin zu Schnitt und Vertonung. Im Rahmen des Seminars wird ein kleiner Übungsfilm realisiert, der exemplarisch zeigt, wie mit einfachen Mitteln ein Film mit Kindern und Jugendlichen produziert werden kann.

Termin: 24./25.03.2007, 10.00 - 18.00 Uhr
Gebühr: 100 Euro/ermäßigt: 50 Euro
Anmeldeschluss: 12.03.07

Das Programmheft mit einer Übersicht über alle Seminare des Medienzentrums München gibts per E-mail über:

mzm@jff.de

und auf der Homepage: www.mzm.jff.de

Neuaufgabe: Tipps zu ALG II

Seit dem Start von Hartz IV Anfang 2005 ist das Gesetz bereits mehr als hundertmal geändert worden. In der Neuaufgabe des Ratgebers »111 Tipps zu Arbeitslosengeld II und Sozialgeld« (Rolf Winkel/Hans Nakielsiki, ISBN 978-3-7663-3722-1, zum Preis von 9,80 Euro) sind die Änderungen berücksichtigt, etwa die Neuregelungen des zulässigen Zuverdienstes von ALG-II-BerberInnen, der Vermögensfreibeträge sowie die Anrechnung der Einkommen von MitbewohnerInnen.

www.bund-verlag.de

Mindestlohn auf den Stundenplan!

Wenn »Unterschicht«, »Armut« und »Niedriglohn« diskutiert werden, bilden SchülerInnen ihre eigenen Assoziationen. Sie machen in Ferienjobs und mit ihrer beruflichen Orientierung erste eigene Erfahrungen

in Lohn- und Gehaltsfragen. Aber was genau verbirgt sich hinter Schlagworten wie »Working Poor«, »Armut trotz Arbeit« und »Mindestlohn«?

Mit der Unterrichtseinheit »Mindestlohn« bieten die »Initiative Mindestlohn« und »ver.di@school« Materialien für eine Unterrichtsdoppelstunde oder auch einen Projekttag zum Thema an. SchülerInnen werden dabei angeregt, sich selbstständig mit der Thematik auseinanderzusetzen, ein Gespür für politische Kontroversen und Debatten zu entwickeln und eine eigenständige Meinung zu einer tagespolitischen Frage auszubilden.

Eine Unterrichtseinheit »Mindestlohn« (als PDF, ca. 2,9 MB) und eine begleitende Präsentation für den Unterricht (PPT, 2 MB) gibt es zum Download unter: www.mindestlohn.de/material/mindestlohn_im_unterricht/

Die Suchtvereinbarung – ein konzeptionelles Instrument zur Klarheit und Orientierung

In Kooperation mit dem städtischen Präventionszentrum der LH München bietet IMMA eine Fortbildung für Fachfrauen aus Münchener Einrichtungen an.

Die Suchtvereinbarung bietet Klarheit über Handlungsmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen und gleichzeitig Orientierung und Hilfe für konsumierende, suchtgefährdete und abhängige Mädchen und junge Frauen. In der Auseinandersetzung mit Handlungs- und Gesprächsstrategien in der Arbeit mit ihnen werden suchtfördernde Elemente im normalen Arbeitsalltag und auf Einrichtungsebene transparent. Diese Elemente sollen in suchthemende Faktoren umgewandelt und idealerweise in einer Suchtvereinbarung festgeschrieben werden.

Termin: 23. - 25.4.07 • kostenfrei

Anmeldeschluss: 23.3.2007

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de



Schwule Lehrer: Pfingsten wieder im Waldschlösschen!

Jedes Jahr treffen sich schwule Lehrer aus allen Bundesländern zu Pfingsten im Waldschlösschen bei Göttingen. Zum 27. Mal (!) organisieren die Kollegen der AG Homosexuelle Lehrer der GEW Berlin zusammen mit anderen Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet und der Akademie Waldschlösschen ein Fortbildungswochenende mit vielfältigen Workshops und Seminaren für alle, vom schwulen Lehramtsstudenten bis zum Kollegen mit langjähriger Berufserfahrung. So ist der Erfahrungsaustausch der ungefähr 80 Teilnehmer in Kleingruppen unter dem Motto »Aus der Schule geplaudert« ein immer wiederkehrender fester Bestandteil, bei dem jeder in angenehm entspannter Atmosphäre über seine Situation an der Schule berichten kann. Für viele eines der spannendsten und wichtigsten Angebote, denn noch immer hat nicht jeder Kollege eine schwule Gewerkschaftsgruppe in seiner Nähe, bei der er regelmäßigen Austausch findet! Außerdem sind in diesem Jahr folgende Themen geplant: Kollegiale Praxisberatung, Gay Romeo und Rechtsberatung, Homosexualität im Bilderbuch und Unterricht, Lesbisch-schwule Lebensweisen als Thema im Unterricht, Homosexualität im Islam, »Raus aus der Grauzone« – Rechtsratgeber der GEW für Lesben und Schwule im Bildungsbereich, zum aktuellen Stand der Schwulen Lehrerguppen in den Landesverbänden der GEW u.v.m.

Das anspruchsvolle Tagungsprogramm (siehe auch www.schwulelehrer.de) wird durch ein nicht weniger niveauvolles Rahmenprogramm abgerundet. Rechtzeitige Anmeldungen werden dringend empfohlen:

www.waldschloesschen.org oder direkt an:

Akademie Waldschlösschen, 37130 Reinhausen bei Göttingen, Telefon 0 55 92 - 92 77-0, Telefax 92 77-77, info@waldschloesschen.org.

Elterngespräche – durchdacht und leicht gemacht

In vielen Berufsfeldern sind Kontakte mit Eltern notwendig: Kitas, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen u. a. Oft stehen Fachfrauen vor der Frage, wie sie diese Gespräche zugewandt, zielgerichtet und effektiv durchführen können.

Eine Fortbildung für Fachfrauen bietet IMMA mit einem Seminar an, das folgende Themen bearbeitet: situationsgerechte Vorbereitung, Strategien der Gesprächssteuerung, effektive Fragetechniken, Definition von Gesprächszielen, Herstellen einer positiven Atmosphäre, Blockaden und Widerständen begegnen, Umgang mit Störungen.

Termin: 16. - 18.4.07 • Kosten: 190 Euro

Anmeldeschluss: 16.3.2007

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

Germany's next Kotzmodel – Schönheitsideale und Essstörungen

»Wer schön sein will, muss leiden.« Doch die Qualen, die heute wie schon früher Mädchen und Frauen auf sich nehmen, gehen weit über mangelnde Selbstliebe hinaus. Orientierungslosigkeit, Zweifel und Autoaggression sind Folgen von geschlechtsspezifischer Rollenerwartung und von der Beeinflussung durch die Medien mit ständig wechselnden Schönheitsidealen. Pädagoginnen sind selbst den krankmachenden Idealvorstellungen ausgeliefert. Informationen und Methoden dazu bietet eine Fortbildung von IMMA.

Termin: 24. - 26.4.07 • Kosten: 210 Euro

Anmeldeschluss: 24.3.2007

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

Dies und Das

Kinderrechte sind Menschenrechte Fachtagung des Deutschen Kinder- schutzbundes LV Bayern

In Kooperation mit der Universität Würzburg veranstaltet der DKSB LV Bayern eine Fachtagung, die, 15 Jahre nach Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes, sich der Frage widmet, wie der Stand der Umsetzung ist. Dazu werden die von der Bundesregierung beschriebenen Handlungsfelder (• Chancengerechtigkeit durch Bildung • Aufwachsen ohne Gewalt • Förderung eines gesunden Lebens und gesunder Umweltbedingungen • Beteiligung von Kindern und Jugendlichen • Entwicklung eines angemessenen Lebensstandards für alle Kinder • Internationale Verpflichtungen) in Workshops jeweils für Erwachsene und für Kinder gemeinsam bearbeitet und es wird nach Wegen gesucht, die geeignet und gangbar sind, die in den Handlungsfeldern beschriebenen Rechte der Kinder zu verwirklichen.

Termin: 20. - 21.4.2007 in Würzburg
Nähere Infos und Anmeldung bis zum 27. 3. bei:

DKSB LV Bayern

Arabellastr. 1 • 81925 München

Tel.: 0 89-92 00 89 11 • Fax: 0 89-92 00 89 29

dksb.lv.bayern@t-online.de

denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz schreibt ihre Schulaktion zum Denkmalschutz neu aus. Ab Mitte März können sich Schulen für das Schuljahr 2007/08 für die Teilnahme bewerben.

Während der Aktion, die unter der Schirmherrschaft der Deutschen UNESCO-Kommission steht, nehmen Schulteams, beste-

hend aus SchülerInnen, LehrerInnen und externen Partnern aus dem Bereich der Denkmalpflege, ein Schuljahr lang Kulturdenkmale ihrer Region unter die Lupe. Die teilnehmenden Schulen werden von der Stiftung finanziell gefördert, beraten und bei ihren Projekten geschult.

Bewerben können sich Schulen aller Schulformen (außer Grundschulen) in Schulverbänden sowie als einzelne Schulen.

Die Bewerbungsunterlagen sind ab Mitte März erhältlich bei:

Deutsche Stiftung Denkmalschutz

»denkmal aktiv«

Koblenzer Str. 75 • 53177 Bonn

Tel.: 02 28-390 63-987 • Fax: 02 28-390 63-43

schule@denkmalschutz.de • www.denkmal-aktiv.de

Internationale Traumfabrik-Akademie vom 13. bis 15. April 2007 an der Universität Regensburg

Die Traumfabrik, Fortbildungsspezialist in Sachen Bewegung, bietet vor allem PädagogInnen, aber auch Kulturinteressierten eine Ideenfundgrube für kreativen Sport und für kreative Schulprojekte. Wer Anregungen für den Unterricht oder für Auführungen sucht, ist richtig bei der Traumfabrik-Akademie. Über 80 Kurse werden angeboten, geleitet von national und international renommierten ReferentInnen (u. a. aus Frankreich, USA, Argentinien, Brasilien, Afrika, China und Indien).

Inhalte sind Tanz, Theater, Spiel, Sport, Körpererfahrung und Rhythmus.

Insbesondere wird ein breites Spektrum an Inhalten der »Neuen Sportkultur« angeboten. Eine besondere Attraktion ist das ganze Drumherum, wie z. B. der Theaterabend und der ganztägige »Bewegungsmarkt«.

Projekt Traumfabrik

Postfach 12 05 47 • 93027 Regensburg

Tel.: 09 41-40 10 25 • Fax: 09 41-40 10 26

info@traumfabrik.de • www.traumfabrik.de

Krankheit und Behinderung im Betrieb: Studie zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 Abs. 2 SGB IX wurde 2004 für alle Betriebe und Dienststellen verbindlich eingeführt: Der Arbeitgeber soll möglichst frühzeitig Maßnahmen zur Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit behinderter als auch nichtbehinderter Beschäftigter, die innerhalb eines Jahres länger als 6 Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig sind, einleiten.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die gesetzlichen Vorgaben in den Betrieben sehr unterschiedlich interpretiert und praktiziert werden. Da noch keine systematisch gewonnenen Erkenntnisse zum Umsetzungsstand, der Praktikabilität und der innerbetrieblichen Akzeptanz des BEM vorliegen, soll dies im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales untersucht werden.

Die Studie wird vom Lehrstuhl für Arbeit und Berufliche Rehabilitation, Prof. Dr. Dr. M. Niehaus, an der Universität Köln in Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung J. Magin durchgeführt.

Mit einer anonymen Befragung soll untersucht werden, wie das Instrument in der Praxis umgesetzt wird und welche Möglichkeiten und Grenzen sich daraus ergeben. Insbesondere sind die Faktoren von In-

teresse, die ein Betriebliches Eingliederungsmanagement begünstigen und in der Praxis zum Erfolg führen.

An der Befragung, die ca. 10 Minuten in Anspruch nimmt, können Betriebe und Dienststellen mit und ohne Erfahrung im Bereich betrieblicher Prävention und Eingliederungsmanagement teilnehmen. Die Person, die den Fragebogen beantwortet, kann zu folgendem Personenkreis gehören: • Geschäftsführung/Unternehmensleitung • Personalabteilung • Betriebs- und Personalrat • Schwerbehindertenvertretung (§§ 96, 97 SGB IX) • Beauftragte(r) des Arbeitgebers (§ 98 SGB IX) • Betriebsärztlicher Dienst • Disability Manager(in) • betroffene Person.

Unter <http://www.bem-umfrage.de> kommt man direkt zur Online-Befragung.

Wer den Fragebogen lieber in schriftlicher Form beantworten möchte oder Fragen hat, wende sich bitte an: Britta.Marfels@uni-koeln.de oder Gudrun.Vater@uni-koeln.de

Voraussichtlich ab Herbst 2007 kann man sich unter <http://www.hrf.uni-koeln.de/de/arbeitsreha/> über die Ergebnisse der Studien informieren.

Da fehlt doch noch was!

Prima, DDS – wie aus einem Guss alles rund ums Thema Privatisierung, auch alle Bildungsbereiche der GEW korrekt dargestellt!

Richtig auch, dass der politisch inszenierte Scheinwettbewerb zwischen öffentlichen und (öffentlich subventionierten) privaten Bildungsträgern darauf abzielt, personenbezogene Dienstleistungen immer noch billiger zu machen.

In der DDS überwiegt das sauber analysierte Leiden und Mitleiden am schleichenden Ausverkauf des öffentlich-rechtlichen Sektors – zugunsten privater (gemeinnütziger oder gewerblicher) Strukturen und Trägerschaften, nicht nur, aber auch in Bayern.

Mit unseren gewerkschaftlichen Mitteln konnten und können wir es nicht verhindern, politische Mehrheiten dagegen scheinen nicht in Sicht.

Genau in diesem Spannungsfeld stehen auch andere DGB-Gewerkschaften, und sie müssen sich in dieser Situation bewähren oder untergehen.

Und genau hier, an diesem Fleck, ist die Lücke, eine winzige Leer-

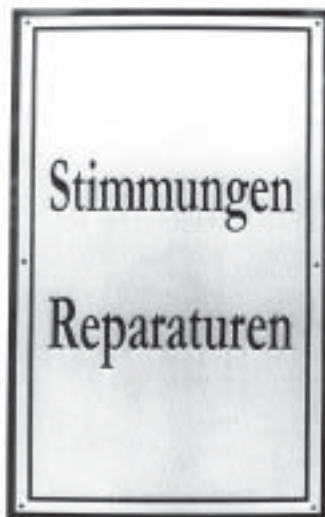


Foto: Robert Michel

stelle im Denken und Argumentieren; Jammern hilft nicht und reicht eben nicht!

Privatisierung bedeutet für eine Gewerkschaft wie die unsere eine neue Herausforderung, ihr muss strategisch und praktisch begegnet werden.

Mit den neuen – privaten, gewinnorientierten oder trägerideologischen – Strukturen entstehen zugleich jede Menge Arbeitsverhältnisse, fast immer ohne Betriebsvertretung, Tarifvertrag und oft auch ohne Arbeitsschutz.

WER, WENN NICHT WIR können (*ja müssen*) diese oft prekären Arbeitsverhältnisse ins rechte Lot bringen, heißt: Mitglieder werben, Personalvertretungen gründen, Haustarife vorbereiten und durchsetzen.

Gerade für die GEW Bayern, die schon bisher relativ wenig vom öffentlich-rechtlichen Kuchen profitieren konnte, ergibt sich hier eine neue, riesige Aufgabe.

In den Bildungsbereichen der Sozialpädagogik und Weiterbildung haben wir schon lange solche »modernen« Verhältnisse.

Wir wissen: In den neuen, verhassten, privaten Strukturen liegt freilich auch ein enormes Reservoir neuer Mitglieder, die dringend *Gewerkschaft* brauchen.

Ich meine, hier gibt es nur eine gewerkschaftliche Antwort: Packen wir's an – mit viel Elan, Risiko- und Konfliktbereitschaft, wofür *wir* ja die theoretischen Wurzeln längst besitzen.

Günther Schedel-Gschwendtner, Nürnberg

Stadt Nürnberg

www.nuernberg.de

Wir machen Schule!

Dazu suchen wir zum Schuljahr 2007/2008

Lehrkräfte für den Einsatz an Beruflichen Schulen

- 1. Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das höhere Lehramt an Beruflichen Schulen** in den Fachrichtungen:
 - Wirtschaft (Diplom-Handelslehrer/innen), besonders auch mit den Zweifächern Englisch, Deutsch, Mathematik
 - Drucktechnik
 - Elektro- und Informationstechnik
 - Ernährungs-/Hauswirtschaftswissenschaften, auch mit dem Schwerpunkt für Gastronomieberufe sowie mit den Zweifächern Englisch, Deutsch oder Religion
 - Metalltechnik
 - Sozialpädagogik, besonders auch mit den Zweifächern Deutsch, Englisch oder evang. Religion
- 2. Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das höhere Lehramt an Gymnasien** mit den Fächerkombinationen Deutsch/Englisch, Deutsch/Geschichte bzw. Sozialkunde und Biologie/Chemie für den Einsatz an der Fachoberschule
- 3. Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung als Fachlehrerinnen und Fachlehrer**
 - Fachlehrer/innen für Elektroberufe (Energietechnik)
 - Fachlehrer/innen für Metallberufe (Fertigungstechnik oder Versorgungstechnik)
 - Fachlehrer/innen für Handarbeit/Hauswirtschaft
 - Fachlehrer/innen für Textverarbeitung

Ihre Bewerbung

senden Sie bitte mit vollständigen Bewerbungsunterlagen möglichst bald an die **Stadt Nürnberg, Personalamt, PA/2-2, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg.**

Für die erste Kontaktaufnahme stehen Ihnen Frau Leonhardt unter Telefon (0911/231-2981), Frau Haupt unter Telefon (0911/231-2852) und Herr Haas unter Telefon (0911/231-2341) gerne zur Verfügung.

Der Frauenförderplan ist Bestandteil unserer Personalarbeit. Bewerbungen von Frauen sind deshalb besonders erwünscht. Die Stadt Nürnberg bemüht sich, Teilzeitwünsche zu berücksichtigen. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt.

Nürnberg



Zum Schuljahr 2007/2008 suchen wir verschiedene **Lehrkräfte** für unsere städtischen Schulen:

Für unsere Gymnasien

Maria-Theresia- und Jakob-Fugger-Gymnasium

- **Lehrkräfte** mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Gymnasien

Für unsere beruflichen Schulen

- **Lehrkräfte** mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Berufsschulen sowie **Fachlehrer/innen**

Ferner suchen wir **Diplomhandelslehrer/innen**

Für unsere Agnes-Bernauer-Schule

(Realschule mit angegliederter Abendrealschule für Berufstätige)

- **Lehrkräfte** mit abgeschlossener Ausbildung für das Lehramt an Realschulen.

Die näheren Einzelheiten, insbesondere die **benötigten Fachrichtungen** sowie die Bewerbungsmodalitäten entnehmen Sie bitte unseren aktuellen Informationen im Internet unter www.augsburg.de – **Rubrik Stellenangebote.**

Stadt Augsburg

Interessante Veranstaltungen ab März 2007

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

07.03.07	FrauenStärken. Es spricht Anne Jenter, Mitglied des Hauptvorstandes der GEW, verantwortlich für den Bereich Frauenpolitik	Diskussionsabend	Aschaffenburg Martinushaus, 20.00 Uhr
10.03.07	Teamarbeit im Kollegium.* Die Junge GEW lädt ein, Methoden und Techniken zur Teamarbeit zu erlernen und auszuprobieren.	Seminar	Augsburg
17.03.07	Bildung anders 16 – »Das andere Lernen« Das Schulkonzept der Helene-Lange-Schule, Wiesbaden. Mit Uwe Brecher, Wiesbaden und 6 Workshops. Info/Anmeldung: gew@brandenstein.de und www.gew-unterfranken.de > schule anders	Fortbildungstag der Seminarreihe »Bildung anders«	Ochsenfurt Hauptschule 9.30 bis 16.00 Uhr
21.03.07	Was ist eine gute Schule? Vielfalt in der Gemeinsamkeit in Einer Schule für Alle. Otto Herz (Bayerntour 07)	Vortrag und Diskussion	Kempten Haus International, 19.30 Uhr
22.03.07	Was ist eine gute Schule? Vielfalt in der Gemeinsamkeit in Einer Schule für Alle. Otto Herz (Bayerntour 07)	Vortrag und Diskussion	Augsburg Tagungszentrum DiaKo Frölichstraße, 19.30 Uhr
23.03.07	Was ist eine gute Schule? Vielfalt in der Gemeinsamkeit in Einer Schule für Alle. Otto Herz (Bayerntour 07)	Vortrag und Diskussion	Regensburg GS Burgweinting
23.-24.03.07	Die Lehren von Guernica. Zur Zerstörung der baskischen Stadt.*/** Veranst: GEW Nürnberg in Kooperation mit IG Metall, ver.di + VVN Anmeldung: GEW Nürnberg: 09 11-22 48 66 gew-nuernberg@t-online.de	Seminar	Neumarkt/Opf. Hotel Schönblick
17.04.07	So sehen Sieger aus – Beobachtungen an finnischen Schulen und Kindergärten. Mit Oskar Brückner, Vorsitzender GEW Bayern	Vortrag und Diskussion	Nürnberg DGB-Haus/K.I.B.S., 15.00 Uhr
18.04.07	Ganztagschule in Bayern – Zukunftsmodell oder Alibi? Blick über den bayerischen Tellerrand mit Karin Pranghofer, MdL, Bayern, und Horst Rauen, Schulleiter einer Ganztagschule in Rheinland-Pfalz	Vortrag und Diskussion	Aschaffenburg Martinushaus, 20.00 Uhr
19.-21.04.07	Bildung neu bilden – Balancen finden. 14. Bundeskongress Frauen und Schule. */** Veranstalter: Frauen+Schule, GEW Berlin und Brandenburg www.frauen-und-schule.de (s. auch S. 29)	Kongress	Potsdam
20.-21.04.07	Neumitgliederseminar: Personal, Programm und Politik der GEW kennenlernen.*	Seminar	Ingolstadt
17.-20.05.07	Mai-Meeting 2007. Das Schaufenster der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit (gb@) der GEW. Veranstalter: GEW-Hauptvorstand und GEW-BFW */**	Seminare Workshops	Berlin-Schmöckwitz
28.-29.07.07	Europa – Ritt auf dem Stier: bull-riding rodEU oder sanfte Entführung nach EUtopia? Mit Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen */** Veranstalter: GEW Unterfranken, Kontakt: www.gew-unterfranken.de	Sommerseminar der GEW	Heimbuchenthal/Ufr.
03.-06.10.07	Tirol: Ein Bezirk ohne Sonderschulen. Inklusive Entwicklung der Schullandschaft. Seminar mit Theorie und Praxis/Hospitation */**	Exkursion/ Seminar	Reutte/Tirol

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:
GEW-Büro z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, E-mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

Die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
München und Oberbayern lädt ein zur Fortbildung:

Ansätze für die Arbeit mit aggressiven Kindern und Jugendlichen

Referent: **Holger Ehlerding, Theaterpädagoge**
27.4. und 28.4.2007

(Freitag 16 - 19 Uhr, Samstag 10 - 17 Uhr)

im Sonderpädagogischen Förderzentrum Poing, Seerosenstr. 19, 85546 Poing

Aktuelle Gegebenheiten von Gewalt in den Schulen, Medienberichte, fachkundliche Diskussionen von ExpertInnen, Ohnmachtsgefühle bei den einzelnen Lehrkräften ... Die Liste der Schlagwörter in einer »Blitzlichtrunde« ist sehr lang. Viel wird auf der Metaebene diskutiert. Doch wer wagt sich in die Diskussion auf die »untere Ebene« von Aggression, von Gewalt, von Lust an Aggression? Wer denkt dabei an seine eigene Aggressivität?

Mit diesem Seminar werden sich die TeilnehmerInnen spielerisch mit dem Mittel einer Theatermethode (das Theater der Unterdrückten von A. Boal und die befreiende Pädagogik nach Freire) dem Themenkomplex »eigene und fremde Aggression – strukturelle Aggression« beschäftigen.

Weitere Infos und Anmeldung bis spätestens 20.4.2007:

Robert Haidt (Simm-Haidt@gmx.de) 0 81 53 - 42 41

Wolfram Witte (wolframwitte@gmx.net) 0 89 - 13 46 54

TeilnehmerInnenbegrenzung (20 Personen), TN-Entscheidung nach Reihenfolge der Anmeldeeingänge

Ist die Schule modern

oder wird sie modern?

So lautet das Thema des
bayerischen Freinet-Treffens
vom 20. bis 22.4.07
in Königsdorf

gefragt sind für das freinetische Mottenkistenbuffet etwas Altes aus der pädagogischen Praxis (Matrizen, alte Hefte, Erinnerungen aus der eigenen Schulzeit, antikes Anschauungsmaterial etc.)

Für weitere Fragen stehen zur Verfügung:

Barbara Hülsebusch • Nadistraße 12 • 80809 München

Tel. 0 89 - 351 98 87 • BHulsebusch@t-online.de

Rosi Krauß • Dorfstr. 43 • 82549 Königsdorf

Tel. 0 81 79 - 89 56 • rosa.krauss@vdk-internet.de

Anmeldung **bis spätestens 30. März 2007** bei Sabine Karl
An der Mühle 10 • 85354 Freising • sabine-karl@t-online.de



Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im März Geburtstag feiern, ganz besonders

Helmut Michalski, Frasdorf, zum **97.**

Käte Notz, Riemering, zum **88.**

Anna Kühlmuß, Grönenbach, zum **80.**

Hans Stroh, München, zum **78.**

Prof. Dr. Heinz Tischer, Bayreuth, zum **77.**

Elisabeth Mower, Stadtbergen, und

Rudolf Glass, München, zum **75.**

Dr. Friederich Tretter, München, zum **74.**

Krimhilde Maisa, Hof, zum **73.**

Karl-Heinz Bachmann, Seehausen, und

Hans Harress, Coburg, zum **71.**

Gisela Hubenzehnder, Hersbruck, und

Josef Jocham, Lindau, zum **70.**

sowie zum **65.**

Herta Dobrick, Wolfratshausen,

Erika Harazim, Neubiberg,

Renita Liedl-Praetorius, München,

Gudrun Meszaros, München,

Hiltraut Wurm, Grafrath,

Gerhard Heydrich, Fürth,

Dr. Esmail Moussavian, München,

Michael Popp, Nürnberg,

Prof. Dr. Klaus Rith, Nürnberg,

Wulf Schiel, München, und

Klaus Schubert, München.

Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten. Im März gilt unser Dank

für **40 Jahre** Mitgliedschaft,

Dietmar Gschrey, Zorneding,

für **35 Jahre** Mitgliedschaft,

Johanna Döldissen, Regensburg,

Susanne Feichtmayer-Arnold, Regensburg,

Brigitte Kampffmeyer-Möhling, München,

Dr. Gudrun Kuhn, Nürnberg,

Käte Laudi, Igensdorf,

Heidelinde Zahn, München,

Dr. Lienhard Barz, Nürnberg,

Alois Baun, Mainburg,

Friedrich Brandl, Amberg,

Eberhard Efinger, München,

Johannes Glötzner, Gräfelting,

Werner Holzmann, München,

Erhart Kahle, Erlangen,

Hanns Maisel, Heilsbronn,

Michael Müller, Taching,

Johannes Nebmaier, Kleinostheim,

Dr. Wolfgang Pfaffenberger, Wertingen,

Günther Rieger, Bad Abbach,

Prof. Dr. Klaus Rith, Nürnberg,

Heinrich Schlehuber, München,

Georg Schütz, Kunreuth, und

Ernst Wilhelm, Bamberg.



Infoveranstaltung der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken:

Kooperationsklassen – Etikettenschwindel oder zukunftsweisendes Modell?

27. März 2007, 18.00 Uhr, DGB-Haus Nürnberg, 7. Stock, Kornmarkt 5-7

Referentinnen: Reinhilde Hermann, SoLin, Koordinatorin für Kooperationsklassen in Oberbayern-Südwest und Anna Weinmüller-Atze, SoLin
Die Referentinnen geben einen kritischen Überblick über den Stand der Kooperation zwischen Klassen der Grundschulstufe und berichten über ihre vielfältigen praktischen Erfahrungen aus Oberbayern.



»Das andere Lernen«

praktische Beispiele aus Schule, Schulsozialarbeit und Elementarbereich
GEW-Unterfranken, GEW-Kreisverband Würzburg und Hauptschule Ochsenfurt laden ein:

Samstag, 17. März 2007, Ochsenfurt

Einlass: 10.00 Uhr, Beginn: 10.30 Uhr mit Hauptreferent Uwe Brecher

Mit Herz, Kopf und Hand

das andere Lernen an der Helene-Lange-Schule Wiesbaden

12.45 - 14.15 Uhr Workshops:

- Uwe Brecher: Individualisierung und Differenzierung ... damit keiner untergeht
 - Ernst Wilhelm: Grundwissen plus eigener Schwerpunkt
 - Jaqueline Erk: Gemeinsam leben und lernen von Anfang an. Der Index für Inklusion in Kitas und Schule.
- 14:30 - 16.00 Uhr Workshops:
- Uwe Brecher: Classroom Management – förderliche Bedingungen für selbstständiges Lernen
 - Sigrid Schwab: Surfen war gestern – das Internet verändert sich

Tagungsort: Hauptschule Ochsenfurt, Fabrikstr. 1, 97199 Ochsenfurt, Parkplatz Schulhof.

Anmeldung (Name und Workshop-Nr.) bis 11.03.2007 an gew@brandenstein.de oder online www.gew-unterfranken.de
oder **GEW/Rudolf Brandenstein, Fuchsstadter Str. 17, 97286 Winterhausen, Tel.: 0 93 33 - 522, Fax: 0 93 33 - 90 31 27**
Tagungsgebühr: 10 Euro mit Mittagessen. Studierende, ReferendarInnen, arbeitslose oder beurlaubte Lehrkräfte sowie GEW-Mitglieder: 5 Euro
Bestätigungen für die eintägige Fortbildungsveranstaltung werden ausgestellt.

GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Herpichs Brasserie, Schulstr. 23, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tieck«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBaumStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68
oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/98 48 48, gew-unterallgaeu@gmx.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatlich, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, nächster Termin: 22.11.06
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16
und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Brauhaus am Markt
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 52 76 85

www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de

Zeitschrift unter neuem Namen – *kj&m*

kj&m (Kinder-/Jugendliteratur und Medien in Forschung, Schule und Bibliothek) – unter diesem neuen Namen erscheint seit Beginn 2007 die traditionsreiche Zeitschrift Beiträge Jugendliteratur und Medien im Kopäd Verlag München. Das äußere Erscheinungsbild ist verändert, aber die inhaltlichen Schwerpunkte bleiben dieselben:

- Kinder- und Jugendliteratur in Schule und Bibliothek
- Forschung zu Kinder- und Jugendliteratur
- Medienpädagogische und literaturdidaktische Ansätze
- Arbeit in Schulbibliotheken

Jedes der vierteljährlich erscheinenden Hefte hat einen Themenschwerpunkt und bietet darüber hinaus Beiträge zu anderen Themen unter der Rubrik »Spektrum« an. Eine Sammelrezension von Kinder- und Jugendliteratur, Rezensionen von Fachliteratur und Unterrichtsmaterialien sowie Berichte und Hinweise rund um KJL&M bieten allen, die beruflich Kinder- und Jugendliteratur nutzen, umfassende Information und Anregungen für die Praxis. Themenschwerpunkte 2007:

- Bilderbuch
- Geschichte in der KJL
- Literarisches Lernen in der Grundschule
- Astrid Lindgren

Weitere Informationen unter www.ajum.de und www.kopaed.de.

»kj&m« erscheint 4 x jährlich jeweils Mitte Februar, Mai, August, November. Zusätzlich zu den 4 Ausgaben erscheint jährlich eine umfangreichere Sonderausgabe »kj&m extra«.

Einzelpreis 11 Euro, Jahresabo: 35 Euro; ermäßigtes Abo: 28 Euro jeweils zzgl. Versandkosten: Inland 4 Euro/Ausland 6 Euro. Probeabo (2 Ausgaben inkl. Versand): 12 Euro.

www.bayern.gew.de ... www.bayern.gew.de